

Die „Freie“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Ostpreußen 12 M., im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unser Einzelband bezogen für Deutschland, Österreich, Ungarn, Dänzig, das Baltikum u. Memelgebiet sowie die jüdischen Gebiete Polens u. Litauens 20 M., für das übrige Ausland 27 M. per Viertel bez. für Deutschland u. Österreich-Ungarn 30 M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin G 2, Breite Straße 5-9.

Die einzigste deutsche Monatszeitschrift über den Bauern Kultur u. M. einschließlich Bauernausbildung. Keine Anzeigen! Das freigelegte Wort 2. — M., jedes weitere Wort 1.50 M. einschließlich Bauernausbildung. Versende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Anfragen 3.20 M. extra per Zeile. Stellen-Anfragen in Wort-Anzeigen: das erste Wort 1.50 M., jedes weitere Wort 1. — M. Fernsprecher: Zentrum 15230 — 15239

# STREIF

## Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

### Die Tagung des Obersten Rates verschoben?

#### Oberschlesien und Kleinasien

London, 28. Juli.

Reuter erfährt, daß das Kabinett, das am Donnerstag vor-mittag zusammentrat, die ober-schlesische Frage behandelt habe. Es sei kein Grund vorhanden, zu glauben, daß die britische Regierung die gegenwärtige Lage als so ernst ansehe, wie es in einigen Kreisen der Fall zu sein scheint, obgleich es sehr wahrscheinlich ist, daß die Zusammenkunft des Obersten Rates wieder etwas hinaus-geschoben werden wird. Lord Curzon hatte heute nachmittags eine Unterredung mit dem französischen Botschafter.

Durch große Klarheit zeichnet sich diese Reutermeldung nicht aus. Nach Ansicht der deutschen Regierung ist die Lage nicht so ernst wie sie in einigen Kreisen aufgefaßt wird. Für wie ernst halten sie denn einige Kreise und was bestimmt die englische Regierung optimistisch zu sein?

Tatsache ist jedenfalls, daß eine Verständigung über die Truppenentsendungen noch nicht erzielt werden konnte und daß Frankreich nach wie vor an seiner For-derung festhält, wobei in Paris allmählich die Befürchtung auf-taucht, daß, wenn der Oberste Rat eine endgültige Ent-scheidung über Oberschlesien fällt, die militärischen Verstär-kungen überhaupt ihren Sinn verlieren.

Daneben wächst noch eine andere Sorge heran. In priva-ten Unterhaltungen, so weiß die Pariser Korrespondenz des „B. T.“ zu berichten, werde ängstlich davon gesprochen, daß die polnische Regierung den Wunsch habe, sich mit Deutschland freundschaftlich zu verständigen. Diese Aussicht ist den französischen Imperialisten naturgemäß höchst un-sympathisch. Sie sehen bereits ihre Helle wegschwimmen.

Auch aus einem anderen Grunde ist ihre Stimmung nicht sehr gehoben. Den türkischen Nationalisten unter Kemal Pascha scheint tatsächlich von den Griechen eine ent-scheidende Niederlage beigebracht worden zu sein. Das ist nicht nur ein Schlag für die den Kemalisten durch Vermitt-lung des „Kommunisten“ Enver Pascha nahestehende rus-sische Sowjetregierung, sondern auch für Frank-reich, das dem türkischen Nationalismus gern als Sturm-bod gegen die englische Vormachtstellung in Konstantinopel benutzt hätte.

Kemal Pascha hat angeblich die Alliierten um Vermittlung ange-rufen, und wir gehen wohl nicht fehl mit der Annahme, daß eine Verschiebung der Konferenz des Obersten Rates, die das Reutertelegramm als sehr wahrscheinlich hinstellt, nicht nur auf die Schwierigkeiten des ober-schlesischen Problems, sondern auch auf die Ereignisse in Kleinasien zu-rückzuführen wäre. Franzosen haben sicher kein be-sonderes Interesse daran, mit den englischen Vertretern in einem Augenblick an den Verhandlungstisch zu setzen, in dem die britische Politik auf nicht zu unterschätzende Erfolge pochen kann.

#### Der Bericht der französischen Kommissare

Paris, 28. Juli.

Die französische Regierung hat einen Auszug aus der gemein-samen Note der drei alliierten Kommissare von Oppeln vom 19. Juli, der in der Diskussion über die ober-schlesische Frage eine so große Rolle spielt, veröffentlicht. In diesem französischen Auszug wird gesagt, trotz der Wiederaufnahme der Kontrolle und trotz der Wiederherstellung der wirtschaftlichen Tätigkeit stellen die Oberkommissare fest, daß noch sehr ernsthafte Bedrohungen auf dem Gebiete Oberschlesiens oder vor seinen Toren beständen. Die Ober-kommissare seien der Ansicht, daß die Erregung so lange fort-dauern werde, wie der Zustand der Unsicherheit, in dem sich das Land be-finde. Ja, man müsse mit einer Verschlimmerung rechnen. Es handle sich in Oberschlesien nicht nur um eine Frage der Macht und um eine Zeitfrage. Nicht wünschenswerte Elemente seien im Volksabstimmungsgebiet geblieben und die Entwaffnung durch die alliierten Behörden habe weder nach der einen noch nach der anderen Seite durchgeföhrt werden können. Jede Partei befürchte Angriffe der anderen, und schon falsche Gerüchte könnten genügen, um irgendeine Partei zu einer unbedonnenen Handlung zu veran-lassen. Die Lage werde so lange unsicher bleiben, bis jede der Parteien über ihr endgültiges Schicksal aufgeklärt worden sei. Die Kommissare kommen zu folgenden Schlüssen: 1. die Lage in Ober-schlesien sei ernst und verdiene die sofortige Aufmerksamkeit der Regierungen, 2. die Lage werde so lange unsicher bleiben, als nicht eine gerechte, von beiden Parteien verlangte Entscheidung getroffen seien ungenügend, nicht nur, um eine neue Erhebung zu verhin-dern, sondern auch, um in bisheriger Weise die Ordnung im Ab-stimmungsgebiet aufrechtzuerhalten. Die drei Oberkommissare sei. Die der Kommission zur Verfügung gestellten Streitkräfte

fügen hinzu, wenn die Mächte ihre Entscheidung aufschöben, würde die Entsendung von Truppen noch nötiger und dringender werden.

#### England und Oberschlesien

London, 28. Juli.

Reuter erfährt, daß das Kabinett, das heute vormittag zusam-mentrat, die ober-schlesische Frage behandelt habe. Es sei kein Grund vorhanden, zu glauben, daß die britische Regierung die gegenwärtige Lage als so ernst ansehe, wie es in einigen Kreisen der Fall zu sein scheint, obgleich es sehr wahrscheinlich sei, daß die Zusammenkunft des Obersten Rates wieder etwas hinausgeschoben werden wird. Lord Curzon hatte heute nachmittags eine Un-terredung mit dem französischen Botschafter.

#### Der französische Ministerrat

Paris, 28. Juli.

Ueber den heutigen Ministerrat wird folgende amtliche Mitteil-ung ausgegeben: Ministerpräsident Briand hat seinen Kollegen eine vollständige Uebersicht über die diplomatische Lage gegeben, insbesondere über die durch die ober-schlesische Frage geschaffene Lage. Da er von dem französischen Botschafter in London benach-richtigt worden ist, daß die englische Regierung erst heute über die Fragen beraten werde, die die französische Regierung gestellt hatte, entschloß sich der Ministerrat morgen im Elisee erneut zusammentreten, um die An-wort der englischen Regierung zu prüfen.

### Rücktritt der thüringischen Regierung

#### Antrag auf Auflösung des Landtages

Weimar, 28. Juli.

In der heutigen Sitzung des Thüringer Landtages er-klärte nach Ablehnung des Grundsteuergesetzes durch die Rechts-parteien und die Kommunisten der Staatsminister Dr. Paul-ßen, die Staatsregierung sei gezwungen, zurückzutre-tren. Hieraus resultiert die Unabhängigen den Antrag auf Auf-lösung des Landtages. Der Antrag wird am Sonnabend be-handelt werden.

Genau wie in Sachsen, so sind die Kommunisten auch in Thüringen zu Helfershelfern der Reaktion ge-worden. Gewiß ist die Grundsteuer eine indirekte Steuer. Das will aber in Zeiten, in denen durch die Geldentwertung die Kapitalisten sogar die Möglichkeit gehabt haben, die direk-ten Besteuern abzuwälzen, sehr wenig befagen. Um so weniger, als die Beseitigung der behördlichen Preisfestsetzung die Annäherung der bisherigen Auslandspreise an die Welt-marktpreise ohne weiteres nach sich zieht, und somit die Grundsteuer — bei richtiger Gestaltung — zu einem Mittel werden kann, einen Teil des unerdienten Gewinnes der Landwirtschaft wegzusteuern. Die Abstimmung der Kommu-nisten ist also geradezu ein Schlag gegen die Arbeiterklasse.

### Die alte reaktionäre Methode

Der Oberpräsident der Provinz Sachsen Hösling hat als Regierungskommissar unter dem 27. Juli folgende Verordnung erlassen:

„Auf Grund der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 24. 4. 21 und des Artikels 118 der Reichsverfassung wird die Zeitung „Die Tribüne“ in Halle (die an Stelle des ver-botenen kommunistischen „Klassenkampf“ von der B. K. P. D. herausgegeben wird) auf die Dauer von 10 Tagen verboten, weil durch zahlreiche Artikel in letzter Zeit die Arbeiterschaft zum einseitigen und geschlossenen Kampf aufgefordert und die Behörden angegriffen wurden, wodurch aufs neue die Ruhe und Ordnung in der Provinz Sachsen gefährdet wurden.“

An Stelle der verbotenen „Tribüne“ haben die Kommunisten heute ein Ersatzblatt mit dem Titel „Die Rote Fahne“ heraus-gegeben.

Der Oberpräsident für die Provinz Sachsen glaubt also mit derselben reaktionären Methode den „Umsturz“ bekämpfen zu können, mit der schon Bismarck und Puttkammer unseligen An-gedenkens schmächtlichen Schiffbruch erlitten haben. Und aus-gerechnet ein Mann, der sich Sozialist nennt und aus der Ar-beiterklasse kommt, bezeichnet es als ein Verbrechen, daß die Arbeiterschaft „zum einseitigen, geschlossenen Kampf“ aufge-fordert wird! Erinnert sich Herr Hösling nicht mehr daran, wel-chen Schaden er mit seiner Regierungsfunst von dieser Art in Oberschlesien angerichtet hat? Gibt es niemanden unter seinen Parteigenossen, der ihm darauf aufmerksam macht, daß nach aller geschichtlicher Erfahrung der „Umsturz“ mit solcher Methode erst recht gefördert wird?

### Leitsätze zur Agrarpolitik

Von Otto Bauer.

Im „Kampf“, der ausgezeichneten wissenschaftlichen Zei-tschrift der österreichischen Sozialdemokratie, veröffentlicht Otto Bauer als Grundlage für die Diskussion eines Agrarprogramms Leitsätze, die wir um so lieber wiedergeben, da sie zeigen, daß der wissenschaftliche Marxismus doch noch etwas anderes zur Agrarfrage zu sagen hat, als Kommunisten und Revolutionisten, die in der Vertretung des Kleinbauernstandes sich plummengelehrt haben. Wir geben die Ausführungen vollständig wieder. Soweit hier auf vorliegende österreichische Beispiele Bezug genommen ist, werden die Leser selbst Vergleichsmöglichkeiten mit den best-lichen Verhältnissen finden.

Der wissenschaftliche Sozialismus ist unter dem mächtigen Eindruck der englischen industriellen Revolution der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts entstanden. In England war der Bauernstand zugrunde gegangen, das industrielle Proletariat zur überwiegenden Mehrheit des Volkes ge-worden.

Nach 1871 hat sich der Sozialismus vornehmlich unter dem Eindruck der deutschen Erfahrungen entwickelt. Im Deutschen Reich hat sich die Bauernschaft behauptet. Aber die überaus schnelle industrielle Entwicklung Deutschlands machte auch dort das industrielle Proletariat zur überwie-genden Volksmehrheit.

So setzte der Sozialismus unter dem Eindruck der engli-schen und deutschen Erfahrungen seine Hoffnung ganz auf das Wachstum und das Erstarken des industriellen Proleta-riats. Den Fragen der bäuerlichen Landwirtschaft schenkte er viel weniger Beachtung. Die „Agrarfrage“ war ihm nicht mehr als ein Problem neben vielen anderen Problemen.

Aber die Erfahrungen der Revolutionsjahre seit 1917 haben uns die zentrale Bedeutung dieses Problems an-schaulich gemacht. Die russische Erfahrung hat gezeigt, daß die Sozialisierung der Industrie die Lebenshaltung der in-dustriellen Arbeiterschaft nicht nur nicht verbessern kann, sondern sogar empfindlich verschlechtern muß, wenn sie mit Agrarumwälzungen, die die Ueberschüsse der Landwirtschaft verkleinern und ihre Zufuhr in die Städte verhindern, oder gar mit dem Bürgerkrieg zwischen Industriearbeitern und Bauern erkauf werden muß. Die Erfahrungen der mittel-europäischen Revolution haben gezeigt, daß der „antikollekti-vistische Bauernschädel“ zum stärksten Hindernis der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat, zur stärk-sten Stütze der kapitalistischen Gesellschaftsordnung geworden ist. Der Bauer hat der europäischen Revolution Schranken gesetzt, die sie bisher nicht zu überwinden vermochte. Jeder weitere Fortschritt der proletarischen Revolution setzt die Eroberung stärkerer Machtpositionen in den Dörfern und auf den Gutshöfen voraus.

Der Kampf um die Eroberung solcher Machtpositionen er-scheint heute viel ausichtsreicher als ehemals. Krieg und Revolution haben breite Schichten des Landvolkes gewekt. Unsere Werbe- und Organisationsarbeit findet heute auf dem Lande viel ergiebigeren Boden als vor dem Kriege.

So ist der Kampf um das Dorf zu einer unserer wichtigsten Aufgaben geworden. Als ein Mittel, unsere Waffen zu diesem Kampfe zu schärfen, erscheint mir die Diskussion und Beschlußfassung über ein agrarpolitisches Aktions-programm. Die Diskussion soll möglichst viele Ge-nossen antregen, sich mit den Problemen unserer Agrarpolitik zu beschäftigen. Das Programm selbst soll unserer Agitation auf dem Lande Richtlinien geben und unsere zumeist auf die Landtagsstuben zersplitterte Agrarpolitik vereinheit-lichen.

Ein solches Agrarprogramm kann aber nur das Ergebnis kollektiver Arbeit aller in der Landagitation er-fahrenen und mit den Fragen der Agrarpolitik vertrauten Genossen sein. Nur aus ihrer Diskussion kann es hervor-gehen. Eine solche Diskussion möchte ich antregen. Zu die-sem Zweck habe ich ein agrarpolitisches Aktionsprogramm entworfen; es ist nur mein persönlicher Vorschlag, ver-pflichtet also die Partei nicht, und es will nicht mehr sein als Anregung und Grundlage für eine Dis-kussion. Nur wenn diese Diskussion die Probleme hin-reichend geklärt haben wird, wird es möglich sein, den Ge-genstand auf die Tagesordnung des Parteitag zu setzen, damit er auf der durch die Diskussion gefundenen Grundlage die Grundsätze unserer Agrarpolitik feststelle.

Eine bloße Aufzählung programmatischer Forderungen wäre vielen Genossen nicht verständlich; deshalb habe ich die Form von Leitsätzen vorgezogen, die ausführlichere Dar-legungen und Begründungen zuläßt. Um es den Genossen zu erleichtern, sich über die einzelnen Fragen näher zu un-terrichten, habe ich Hinweise auf leicht zugängliche Schriften aus der sozialistischen Literatur und auf einige wichtige Werke der österreichischen bürgerlichen Literatur über Agrarpolitik hinzugefügt.

# Nie wieder Krieg! Friedensdemonstration im Lustgarten

Sonntag, 31. Juli 1921 / Beginn des Meetings pünktl. 11 Uhr

### A. Die Produktivität der landwirtschaftlichen Arbeit.

Die kapitalistische Produktionsweise hat es ermöglicht, die Ertragskraft der landwirtschaftlichen Arbeit durch bewusste wissenschaftliche Anwendung der Agronomie bedeutend zu steigern. Aber nur der kapitalistische Großbetrieb hat es vermocht, den Ackerbau durch die Verwertung der Ertragsüberschüsse der modernen Wissenschaft und Technik zu rationalisieren. Auf dem größten Teil der Erdoberfläche hat der Kapitalismus die Landwirtschaft den Bauern, dem unentwickeltesten Teil der Gesellschaft, überlassen, die immer noch bloß empirisch, mechanisch sich fortentwickelnde Arbeitsverfahren anwenden. Daher ist der Fortschritt der Produktivität der Arbeit in der Landwirtschaft hinter der gewaltigen Entfaltung der Produktivkräfte in der Industrie, im Bergbau, im Verkehrswesen, im Bergbau weit zurückgeblieben.

Die Ernährung der städtischen und industriellen Volksmassen vor dem Kriege beruhte einerseits auf der Ausbeutung des Landes durch die Stadt, der Agrarländer durch die Industriestaaten, der überseeischen Kolonialgebiete durch das europäische Kapital, andererseits auf der Ausbeutung der landwirtschaftlichen Arbeiter durch das landwirtschaftliche Unternehmertum. Einerseits zwangen Hypotheken, Pachtssysteme und Steuererhebung die Bauern, ihren eigenen Verbrauch einzuschränken und einen möglichst großen Teil ihrer Ernte den städtischen Verbrauchern zu verkaufen, um mit dem Erlös dem Hypothekenzins die Zinsen, den Grundeigentümern den Pachtzins, dem Staat die Steuern bezahlen zu können. Andererseits war die Lebenshaltung der landwirtschaftlichen Arbeiter noch tiefer gedrückt als die des industriellen Proletariats; je kleiner der Anteil der landwirtschaftlichen Arbeiter an ihrem Arbeitsertrag war, desto größer waren die Überschüsse, die die Landwirtschaft den städtischen Verbrauchern verkaufen konnte. Die Ernährung der Städte und Industrieregionen setzte also die Unterernährung der Massen des arbeitenden Landvolkes voraus.

Der Krieg hat den Boden ausgezogen, das lebende und tote Inventar verheert, die Arbeitskraft geschwächt und dadurch die Produktivität der landwirtschaftlichen Arbeit gesenkt, die Ernteerträge verkleinert. Zugleich sind aber auch die überlieferten Ausbeutungsverhältnisse auf dem Lande umgewandelt worden. Die Bauern wurden in Rußland durch die Revolution, in anderen Ländern durch die Geldentwertung von einem großen Teil der Hypotheken-, Pachtzins- und Steuerlasten befreit; sie sind daher nicht mehr gezwungen, einen so großen Teil ihres Arbeitsertrages wie früher der Stadt zu verkaufen. Die Bauern können behäbiger leben; aber die Zufuhr der Agrarprodukte in die Städte ist gesunken. Die landwirtschaftlichen Arbeiter, durch die Revolution geweckt, haben sich höhere Löhne und Deputate erkämpft. Ihre Lebenshaltung ist verbessert; aber auch dadurch sind die Überschüsse, die die Landwirte an die Städte verkaufen, verkleinert. Bei niedriger Produktivität der Arbeit reichen die Ernteerträge nicht zu, Stadt und Land zugleich auskömmlich zu ernähren; wird die Ausbeutung der arbeitenden Massen des Landvolkes gemildert, so treten Lebensmittelnot und Teuerung in den Städten ein.

Erst auf einer höheren Entwicklungsstufe der Produktivität der landwirtschaftlichen Arbeit werden die Ernteerträge groß genug, sowohl das Landvolk als auch die städtischen und industriellen Volksmassen auskömmlich zu ernähren. Erst auf dieser Entwicklungsstufe hört die Ausbeutung des Landvolkes auf, eine Voraussetzung der auskömmlichen Ernährung der Städte zu sein. Die Hebung der Landwirtschaft auf diese Stufe ist daher eine Voraussetzung der Aufhebung aller Ausbeutung sowohl auf dem Lande als auch in der Stadt, eine Voraussetzung also des Sozialismus.

Das erste Ziel der sozialdemokratischen Agrarpolitik ist daher die Hebung der Produktivität der landwirtschaftlichen Arbeit. Zu diesem Zweck fordern wir:

I. Die Schulreform hat die Aufgabe, das Landvolk zur Rationalisierung seiner Arbeitsverfahren zu erziehen.

1. Die Volksschule muß, die Grundzüge der Bodenständigkeit des Unterrichtes und der Verbindung des Unterrichtes mit produktiver Arbeit anwendend, die Dorfsjugend dazu anleiten, verschiedene Wirtschaftsmethoden und die Verschiedenheit ihrer Erträge miteinander zu vergleichen und bewährte Arbeitsverfahren nachzuahmen.

2. An die Volksschule ist auf dem Lande ein obligatorischer landwirtschaftlicher Fortbildungsunterricht bis zum 18. Lebensjahr anzuschließen, der, mit praktischer Betätigung eng verbunden, der Jugend die elementaren Erkenntnisse der Landwirtschaftswissenschaft und die landwirtschaftliche Buchführung zu vermitteln hat.

3. Die Ausbildung der Dorfschullehrer ist diesen Aufgaben anzupassen. Sie muß theoretischen Landwirtschaftsunterricht im Ausmaß einer landwirtschaftlichen Mittelschule und mehrjährige praktische Betätigung auf einem Mustergut umfassen.

4. Die Dorfschulen sind mit Schuladern auszustatten.

5. Das mittlere und höhere landwirtschaftliche Schulwesen ist auszubauen. Begabten Kindern von Kleinbauern und landwirtschaftlichen Arbeitern ist auf öffentliche Kosten der Besuch mittlerer und höherer Landwirtschaftsschulen zu ermöglichen.

II. Die Verwaltungsreform hat die Aufgabe, die Organe für eine planmäßige Produktivitätspolitik zu schaffen.

Den aus allgemeinen Volkswahlen hervorgegangenen, mit selbständigem Abgabenrecht ausgestatteten Bezirks- und Kreisvertretungen wird die Aufgabe zufallen, durch Bau von Straßen und Lokalbahnen durch Errichtung elektrischer Ueberlandzentralen, durch Flutregulierungen, durch die Organisierung der Verwertung der städtischen Abfallprodukte usw. die Rationalisierung und Intensivierung der lokalen Landwirtschaft zu fördern.

In jedem Bezirk ist eine Agrarbehörde zu errichten, die von einem theoretisch geschulten und praktisch erfahrenen Landwirt zu leiten ist. Der Agrarbehörde tritt ein Bezirkskulturrat zur Seite, der, von der Bezirksverwaltung ernannt, aus Vertretern der Bauern, der Landarbeiter, der Güter- und Forstbeamten und aus Fachmännern zusammenzusetzen ist.

III. Die erste Aufgabe der Bezirks-Agrarbehörden wird die allgemeine und schnelle Durchführung der Zusammenlegung (Kommissionierung) der Grundstücke sein. Ist die Zusammenlegung eine der wichtigsten Voraussetzungen der Rationalisierung der bäuerlichen Wirtschaft, so ist sie infolge der Leutenot, der Not an Zugvieh, der Notwendigkeit stärkerer Verwendung der Maschinen, doppelt notwendig geworden.

Da ihre Durchführung an den Vorurteilen der Bauernschaft und an der Selbstsucht einzelner Schichten des Landvolkes gescheitert ist, sind die gesetzlichen Bestimmungen in dem Sinne abzuändern, daß die Zusammenlegung, unabhängig von der Zustimmung der Grundeigentümer, von Amts wegen überall so schnell als möglich durchzuführen ist.

IV. Die Agrarbehörden werden mit dem Rechte ausgestattet, mit Zustimmung der Bezirkskulturräte zwingende Vorschriften zu erlassen, insbesondere über:

1. die Bewirtschaftung und Restorierung der Ämmer und anderer Gemeinheitsgründe,

2. die gemeinsame Bewirtschaftung der Bauernwälder durch Zwangsgenossenschaften unter jährlicher Leitung,

3. die Auswahl des für den Bezirk geeigneten Saatgutes, seinen genossenschaftlichen Einkauf und seine genossenschaftliche Behandlung vor der Ausgabe, sowie über die Ueberprüfung des Saatgutes durch Saatgutinspektoren,

4. die Auswahl der Zuchtstiere, den Körperbau, die Fütterung von Herdenblütern und andere zur Förderung der Viehzucht erforderliche Maßregeln, sowie die Bekämpfung der Viehseuchen,

5. die Bekämpfung tierischer und pflanzlicher Schädlinge,

6. das landwirtschaftliche Bauwesen, insbesondere die Einrichtung der Ställe, Jauchegruben usw.,

7. die obligatorische Zugehörigkeit der Landwirte zu landwirtschaftlichen Genossenschaften, die die Erzeugung und den Vertrieb der Agrarprodukte rationalisieren oder Restorationen, Wildbachvorbauungen und dergleichen durchführen.

V. Die Agrarbehörden haben durch Errichtung und Bewirtschaftung von Mustergütern, durch Saatwechsel, Sortenanbau und Düngungsversuche, durch Bestellung von Wanderlehrern, Errichtung von Winterkursen, Veranlassung von Ausstellungen planmäßige landwirtschaftliche Aufklärungsarbeit zu leisten. Sie haben Beratungskassen zu errichten, die die Landwirte bei dem Bezug von Saatgut, Kunstdünger, Kraftfutter, Maschinen, Geräten sachmännlich zu beraten haben, und haben den genossenschaftlichen Bezug dieser Arbeitsmittel, sowie die Entwicklung der landwirtschaftlichen Genossenschaften überhaupt zu fördern.

VI. Förderung der Meliorationen. Vereinigung der Grundeigentümer zu Zwangsgenossenschaften zwecks Durchführung von Meliorationen, Erweiterung der Beleihungsgrenze für Meliorationskredite und Vorrückung von Meliorationshypotheken vor andere ältere Hypotheken. Alle Kreditinstitute sind durch Gesetz zu verpflichten, einen bestimmten Teil ihrer verfügbaren Kapitalien zu vom Staat festgesetzten Bedingungen zu landwirtschaftlichen Meliorationsdarlehen zu verwenden. Ausbau der Organisation des kulturtechnischen Dienstes.

## Zum Hilfswort für das hungernde Rußland

### Ein Wort für Rußland und ein Wort an Rußland

Uns erglühender Aufruf mit der Bitte um Veröffentlichung zu: Der erschütternde Hilferuf, der aus Rußland an die Welt geht, muß allenhalben den lautesten Widerhall finden. Millionen von Menschen buchstäblich vom Hungertode bedroht! Dazu das Land von einer Choleraepidemie heimgesucht, wie sie so stark kaum je gewütet hat. Ein ganzes Volk steht unter furchtbaren Selben dahin.

Da helfen einzugreifen ist dringendste Pflicht für jeden fühlenden Menschen geworden. Diesem entsetzlichen Unheil gegenüber müssen alle Unterschiede und Gegensätze der Parteien zurücktreten — anßerhalb Rußlands, aber auch in Rußland selbst. Eine russische Regierung, die an alle Parteien außerhalb Rußlands appelliert, wird ihrer Sache am besten dann dienen, wenn sich zu ihrer Stimme die aller hilfswilligen Elemente der verschiedensten Parteien aus Rußland selbst gesellen, wenn ihnen all die Möglichkeiten gegeben wird, ihre Stimme frei und laut erschallen zu lassen.

Dabei vergesse man über der Not des eigentlichen Rußland nicht die jener Gebiete, die es längst erobert hat — Kaukasien (Georgien, Armenien, Aserbeidschan) und Turkestan. Durch eine Armee von 200 000 roten Truppen niedergebunden, geplündert und geknechtet, gehen diese Gebiete rasch dem gleichen Elend entgegen, wie dem, das jetzt Rußland heimgesucht. Doch diese Gebiete rufen nicht nach einer Hilfsaktion. Was sie brauchen, ist die Freiheit, sich selbst zu helfen, ist der Abmarsch der roten Armee und die Möglichkeit freier Selbstverwaltung.

Es wäre ein schreiender Widerspruch, wollte Rußland fortfahren, fremde Völker zu unterdrücken und berandern in dem Moment, in dem es alle Völker der Welt ohne Unterschied der Verfassung und der sozialen Organisation aufruft, ihm zu helfen.

Schwieriger als in den eroberten Ländern wird die Hilfe im eigentlichen Rußland sein. Nicht nur hat eine außerordentliche Dürre dort gerade in den fruchtbarsten Gebieten die ganze Ernte zerstört, allenhalben in Rußland ist die Landwirtschaft verkommen, das Eisenbahnwesen zusammengebrochen, haben sich die sanitären Zustände in den Städten entsetzlich gestaltet, wo jegliche Reinlichkeit und jede Möglichkeit der Reinigung in den letzten Jahren verloren gegangen ist.

Soweit in so verzweifelter Situation Hilfe möglich ist, erheischt sie den sofortigen Ausschluß aller tatträglichen Elemente der Nation, die Befreiung der Gesellschaft von politischer Bevormundung und politischem Druck.

Ohne größere Freiheit ist Rußland nicht zu retten.

Aber auch nicht ohne eine Hilfsaktion des Auslands. Und diese darf nicht abhängig gemacht werden von den politischen Verhältnissen der Sowjetrepublik. Es haben sich Stimmen erhoben, die das jetzt dort herrschende Regierungssystem für die Größe des Elends verantwortlich machen. Sie dürfen das Hilfswort nicht beeinträchtigen, den Eifer zur Hilfe nicht abschwächen. Um so mehr, da es sich um unsere eigene Rettung ebenso handelt, wie um die des russischen Volkes. Der russische Seuchenherd ist so groß, daß von ihm aus die Ansteckung weit über Rußlands Grenzen getragen zu werden droht, wenn wir nicht rechtzeitig mithelfen, ihn energisch einzudämmen.

Wenn das Haus in Flammen steht, fragt man nicht lange, ob der Besizer durch Handlungen oder Unterlassungen Mitschuld am Brande auf sich geladen hat. Das erste ist, man sucht zu retten, was zu retten ist, und die Flammen zu löschen, so rasch es geht.

Und darum schließen wir uns aus vollem Herzen dem Rufe an: Hilfe für das arme, verhungerte Volk von Rußland! Laßt es nicht die Sünden seiner Regenten entgelten!

Dieser aber rufen wir zu: Reißt ab die Fesseln von den Völkern, über die das russische Reich heute gebietet, gebt frei die Kräfte, die drängen, die Hungernden und Elenden aufzurichten und ihnen Rettung zu bringen.

Eduard Bernstein. Karl Rautsky.

### Zurückbare Lage der deutschen Wolgafolonie

CC. Reval, 2. Juli.

Hier sind weitere Entschonungsberichte über die Hungerskatastrophe in Rußland eingetroffen. Ueber die katastrophale Lage der deutschen Wolgafolonie sind folgende Einzelheiten bekannt geworden. Die deutschen Kolonisten hatten 70 Prozent des Bodens angebauet, aber fast alles ist zugrunde

gegangen. So daß für die nächsten Monate der furchtbare Hunger droht. Die Zahl der Kolonisten in den Anstellungen beträgt ungefähr je 3000, von denen bereits 80 Prozent von Krankheiten heimgesucht worden sind. In den Dörfern werden täglich durchschnittlich 60 Menschen. Ganze Scharen stehen in die Steppe und zeigen dort die letzten Wästel Gras aus, um den Hunger zu stillen. Ein großer Teil der deutschen Kolonisten wüthete in der Richtung auf Wolow und verlangt Unterstützung zur Heimkehr nach Deutschland.

### Hilfe aus Amerika

„New York Herald“ meldet aus Washington, Handelssekretär Cooper verlangt in seiner Antwort an Maxim Gorli Bürgerpflichten dafür, daß das amerikanische Dienstpersonal nicht beurlaubt werde und vollkommene Bewegungsfreiheit habe, ferner das Recht, britische Hilfsauskünfte einzurichten, ohne daß die kaiserlich-russischen Behörden ihnen Hindernisse in den Weg legen oder sonst in irgendeiner Weise eingreifen. Die amerikanische Regierung sei bereit, für eine Mission russischer Kinder zu sorgen.

## Die Berliner Notverordnung

Der Uebergangsausschuß des preussischen Landtags trat gestern zu einer Sitzung zusammen, um die von der Regierung vorgelegte Notverordnung zur Sicherung einer geordneten Verwaltung in der Stadtgemeinde Berlin zu beraten. Die Verordnung enthält zwei Gesichtspunkte: einen politischen, der sich auf die Fortführung der Geschäfte der Stadt bis zum Zusammentritt der neugewählten Gemeindeförperschaften bezieht, und einen mehr formalen, der eine genaue Bestimmung der Wahlvorschriften in Gesetzform vorzählt.

Um den einschließenden § 1 der Regierungsvorlage aus in Form einer Generaldebatte eine längere Aussprache an. Nach der Regierungsvorlage sollen die Mitglieder der bisherigen Stadtverordnetenversammlung und die der Bezirksversammlungen kommissarisch bestellt werden als einstweilige Berathungen, welche die diesen Körperschaften gesetzlich obliegenden regelmäßigen Geschäfte und notwendigen Geschäfte anderer Art, die keinen Aufschub dulden, fortführen sollen. Diese Bestimmungen schränken die Bewegungsfreiheit der genannten Versammlungen ein und tragen den Keim dauernder Kompetenzstreitigkeiten in sich. Es ist gar nicht zu umgängen, was gesetzlich regelmäßig obliegende Geschäfte oder solche sind, die keinen Aufschub ertragen. Alle Geschäfte müssen fortgeführt werden können, um die Verwaltung der Stadtgemeinde im Gange zu halten. Um das zu erreichen, stellen die Vertreter der Unabhängigen Fraktion den Antrag, der Regierungsvorlage folgenden Wortlaut zu geben:

„Die Mitglieder der bisherigen Stadtverordnetenversammlung und der bisherigen Bezirksversammlungen in Berlin sind verpflichtet, die diesen Körperschaften obliegenden Geschäfte als einstweilige Stadtverordnetenversammlung und als einstweilige Bezirksversammlungen fortzuführen, bis die neugewählten Versammlungen in Tätigkeit treten.“

Dieser Antrag, vom Genossen Wegl begründet, vom Abg. Hirsch (SPD.) und seinen Freunden unterstützt, erfuhr lebhafteste Gegnerschaft bei allen bürgerlichen Parteien. Die Regierungsvorlage legte dar, daß die alten Versammlungen nicht mehr beständen. Den Mitgliedern, die jetzt kommissarisch bestellt seien, könnten nicht die Rechte gegeben werden, wie die gewählte Versammlung sie habe. Die Deutschnationalen wollten überhaupt nichts wissen von einer so gearteten kommissarischen Verwaltung, sie wollten zunächst dem Oberpräsidenten die kommissarische Verwaltung zugewiesen sehen, eventuell wären sie höchstens bereit, die Stadtverordneten mit noch weiter eingeschränkter Befugnisse die Geschäfte verwalten zu lassen, die Bezirksversammlungen seien bis auf weiteres überflüssig. Eine besondere hohe Ausnahmebestimmung wollten die Mitglieder der Deutschen Volkspartei eingefügt wissen. Sie wollten bestimmen, daß auch ein Viertel der Mitglieder der einstweiligen Stadtverordnetenversammlung das Recht haben sollte, die Beschlüsse der Versammlung zu beanstanden, die ihrer Meinung nach über ihre Befugnisse hinausgingen. Selbst der Regierung war diese Bestimmung zu arg, sie lehnte sie entschieden ab. Von den Rednern Hirsch (SPD.), Leid (USP.), Schulte (Fr.) wurde der Antrag bekämpft. Es wurde von unierten Genossen darauf hingewiesen, daß diese Ausnahmebestimmung nur aus politischen Gründen gestellt sei, weil den Antragstellern die letzte Zusammensetzung der Stadtverordnetenversammlung ein Dorn im Auge sei. Schließlich wurden alle Anträge abgelehnt und die Regierungsvorlage in ihrer jetzigen Fassung angenommen mit der Maßgabe, daß

### als Wahltermin der 16. Oktober

festgesetzt wurde. Auf Anfrage des Genossen Dr. West erklärte die Regierung, daß es zulässig sei, wenn in der ersten einstweiligen Stadtverordnetenversammlung außer der Wahl des Vorstandes auch laufende Geschäfte erledigt werden.

Ansprachen wurde der § 3, der von der Wahlberechtigung handelt. Bekanntlich ist die Wahlberechtigung an eine Unfähigkeit von einem Jahre geknüpft. Hier beantragten die Kommunisten mit Unterstützung der beiden anderen sozialistischen Fraktionen die Streichung dieser Bestimmung, im Abwägungsfalle 6 Monate festzusetzen. Mit 15 gegen 13 Stimmen wurde der Antrag abgelehnt. Man könne in eine Notverordnung eine solche materielle Forderung nicht aufnehmen, erklärten die Vertreter der bürgerlichen Parteien; in Wirklichkeit sind sie aber auch materiell Anhänger einer langen Unfähigkeit. Angenommen wurde ein Antrag von Hirsch, der allen Bürgern und aus der Gefangenenschaft Heimkehrern, die der Unfähigkeit nicht genügen, das Wahlrecht gibt, wie das bereits das bestehende Gesetz vom vorigen Jahre vorzählt. Die Regierung hatte diese Bestimmung nicht mit aufgenommen, weil ihr der Berliner Magistrat erklärt habe, daß sonst die Wahlarbeiten verzögert würden, eine Ausrede, die nicht ernst zu nehmen ist. Die Annahme des Antrages erfolgte, weil auch die Volkspartei ihn zustimmte.

Zur Klärung der Regierungsvorlage wurde im § 6 bestimmt, daß die Stadtverordnetenversammlung nach Prüfung der Wahlen das Recht habe, die Gültigkeit oder Ungültigkeit der Wahlen im einzelnen wie im Ganzen auszusprechen.

Schließlich erhielt der § 10 der Regierungsvorlage, der von der Mandatsdauer der unbesetzten Mitglieder handelt, eine präzisere Fassung durch folgende Bestimmung:

„Die unbesetzten Mitglieder des Magistrates und der Bezirksämter, der Mitglieder der städtischen Verwaltungsdeputationen und Kommissionen scheiden mit dem Zeitpunkt des Zusammentritts der neugewählten Stadtverordnetenversammlung und der neugewählten Bezirksversammlungen aus ihren Mandaten. Die neugewählten Stadtverordneten bzw. Bezirksverordnetenversammlungen haben sobald nach ihrem Zusammentritt die Neuwahl für die Auscheidenden vorzunehmen. Die bisherigen Vertreter dieser Ämter und Stellen bleiben bis zum Eintritt ihrer Nachfolger in Tätigkeit.“

Damit war die Arbeit des Uebergangsausschusses erledigt. Die Verordnung soll so schnell wie irgend möglich verkündet werden. Ueber die Verhandlungen des Ausschusses soll ein besonderer Bericht erscheinen, um festzuhalten, was für die Zukunft von großer Bedeutung sein kann.

# Rathenau über den Wiederaufbau

In der Sitzung des Reparationsausschusses des Reichswirtschaftsrates am Mittwoch erstattete der Reichsminister für den Wiederaufbau, Dr. Rathenau, Bericht über den Gang und Stand sowohl der gegenwärtig schwebenden Verhandlungen wie derjenigen Arbeiten, die augenblicklich im Aufbauministerium vor sich gehen. Ueber seine Ausführungen veröffentlicht die P. P. A. einen Bericht, dem wir folgendes entnehmen:

Zu den Hauptfragen, die den Kernpunkt der grundsätzlichen Verhandlungen bilden, gehört die Frage der Finanzierung. Die zweite Frage ist die Frage der Preise. Hier ist es nötig, eine Preisgrundlage zu finden, die so beschaffen ist, daß man für einen bestimmten Zeitraum genau übersehen kann, welches der Wert dieser Ware ist, die geliefert und angerechnet werden soll. Dabei ist das Grundprinzip einzuhalten, daß Frankreich nicht Waren von uns empfangen wird, die teurer sind, als sie in Frankreich selbst hergestellt werden können.

In den Verhandlungen wurde ferner gesprochen über die Frage der

## Errichtung einer französisch-deutschen Organisation

zur Aufnahme von Lieferungen überhaupt. Bei diesen Organisationen, Preisen und Indizes ist jedoch nicht die Rede vom freien Handel von Land zu Land. Es drängt die entscheidende Absicht, diesen Handel gewähren zu lassen, ja ihn zu unterstützen so weit wie möglich, weil man der Meinung ist, daß dies die naturgemäße Form des Güterausstausches zwischen zwei Ländern ist.

Es ist daran gedacht worden, daß man nach Art von Zollstationen Niederlassungen an verschiedenen Stellen einrichten wird, bei denen der Geschädigte auf der einen Seite seinen von der eigenen französischen Behörde präparierten, ihn abgeformt bekommen und dann auf die deutsche Seite übertritt und dort seine Bestellungen aufgibt, die von da aus an die Zentralfabrik in Deutschland weitergeleitet und effizientiert werden.

Zurückgetreten ist während dieser Verhandlung das

## Gebiet der Arbeitsleistung an Ort und Stelle,

da erhebliche soziale Schwierigkeiten, Unterbringungs- und Transportprobleme hinsichtlich der Entsendung deutscher Arbeiter nach Frankreich geltend gemacht worden sind. Sobald zwischen Frankreich und Deutschland ein gewisses Handelsverhältnis eingetreten ist, steht zu hoffen, daß auch diese Art der Zusammenarbeit sich ermöglichen läßt. Ob es in sehr erheblichem Umfang stattfinden wird, ist zu bezweifeln, weil aus den französischen Berichten an Kammer und Senat hervorgeht, daß die Gesamtzahl der freien Arbeiter, die Frankreich aus verschiedenen Nationen sammelt hat, nicht größer ist als 25 000. Die Verhandlungen gehen naturgemäß nicht mit großer Geschwindigkeit vorwärts. Es steht aber zu hoffen, daß man in nicht allzu ferner Zeit zu einer grundsätzlichen Verständigung kommt.

Der Minister bespricht dann die Einwendungen, die gegen das Prinzip der Verhandlungen und die Art des Vorgehens in der deutschen Öffentlichkeit erhoben worden sind. Das Wiederaufbaugeschäft in Frankreich ist mit großen finanziellen Mitteln und einschneidender Energie gefördert worden, aber zweifellos ist es auf diesen Gebieten noch nicht soweit vorgeschritten, wie es den Wünschen der Geschädigten entspricht. Insbesondere ist von den 600 000 Häusern, von denen 300 000 beschädigt und 300 000 vernichtet sind, nur ein verhältnismäßig kleiner Teil wieder aufgebaut worden. Dieses Wiederaufbaugeschäft in wenigen Jahren zu beenden, liegt im Interesse der Geschädigten, mit dem die Interessen der französischen Regierung parallel laufen.

Das ganze Verhandlungsgeschäft ist für die deutsche Volkswirtschaft von entscheidender Bedeutung. Denn einmal ist es zweifellos, daß die Umwandlung von Goldleistungen in Sachleistungen für uns unentbehrlich ist. Auf der anderen Seite ist es für uns von Bedeutung, wenn wir neben den schweren Lasten, die wir in den nächsten Jahren zu tragen haben, nicht mit Beschäftigungslosigkeit zu kämpfen haben.

Der Minister kommt dabei auf diejenigen grundsätzlichen Auffassungen, die sich hinsichtlich des ganzen Reparationsgeschäftes gegenüberstellen und die sich im wesentlichen um den Begriff der Erfüllung bewegen, zu sprechen.

## Was den dunkelsten Punkt

der ganzen Bestimmungen betrifft, nämlich den Index, so liegt es heute schon so, daß fast überall, wo volkswirtschaftliche Kräfte sich regen, auch die Einsicht durchgedrungen ist, daß mit diesem Index und mit den dazu provisorischen, die auf ihn beruhen, außerordentlich wenig anzufangen ist. Im Gegensatz zu der Auffassung, die unsere Leistungen als gänzlich unabänderlich und damit unersetzbar ansieht, vertritt Rathenau den Standpunkt, daß man jeden Versuch machen muß, die Leistungen, die auferlegt worden sind, tragbar zu machen. Er ist der Meinung, daß die wachsende Erkenntnis auf der Gegenseite uns diese Arbeit erleichtern wird. Wir werden dann den entsprechenden Anspruch haben, die Abänderungen durchzuführen, die möglich sind, wenn wir auch unersetzlich mit einem Unerfüllbar nicht etwa einen Mangel an gutem Willen einschuldigen, sondern wenn wir davon ausgehen, daß ein bester Wille in diesen Fragen ein ganz außerordentliches Attivum ist, nicht nur bei uns, sondern vor allem im Verhältnis zur Gegenseite. Nehmen wir einmal an, daß unsere Sachleistungen zwar nicht phantastisch hoch seien, sich aber doch in sehr erheblichen Grenzen bewegen werden, so wird ein Strom von Waren aus Deutschland nach Frankreich, ein Strom von Bestellungen von Frankreich nach Deutschland geleitet und aufgenommen werden müssen.

Wenn wir uns das Verteilungsproblem klarmachen, zeigt sich, daß wir

## vor drei Hauptaufgaben

stehen. Die erste Aufgabe ist die der Sicherheit der Erfüllung. Das, was wir übernehmen, ist eine Verpflichtung von Land zu Land. Der Träger dieser Verpflichtungen in Deutschland, ist der im Wiederaufbauministerium. Er ist die Persönlichkeit, die Namen des Reiches die Garantie für die Erfüllung der Verpflichtungen zu leisten hat. Es sei daher nötig, daß der Reichskommissar für diese Garantie seine Dedungen hat. Das zweite Prinzip ist das einer gerechten und verständigen Verteilung. Wir dürfen nicht vergessen, daß die Leistungen nicht freiwillige Leistungen des einzelnen sind, sondern Leistungen, die aus dem schweren Friedensbitteln herrühren, und daß jede dieser Leistungen aus den Einkünften des Deutschen Reiches gezahlt wird, die es von seinen Steuerzahlern empfängt. Wie haben also nicht das Recht, diese Aufträge als privatwirtschaftliche zu betrachten, sondern wir haben den Gedanken anzuerkennen, daß eine Leistung, die von der Allgemeinheit bezahlt wird, auch bei ihrer Durchführung von der Allgemeinheit getragen werden muß. Wir könnten es nicht rechtfertigen, wenn einzelne Landesteile, einzelne Länder bei diesen Leistungen zu kurz kämen. Wir könnten es nicht rechtfertigen, wenn einzelne Berufsstände bei diesen Leistungen zu kurz kämen, wenn also nur die Großindustrie leistete, aber nicht das Handwerk, nicht die Kleinindustrie oder nicht der Handel. — Der dritte Grundpfeiler ist der der unbedingten prompten, geschäftstunlichen und raschen Durchführung jedes Auftrages. Es würde außerordentlich schwer sein, mittels eines behördlichen Apparates Lieferungen großen Umfangs rasch und prompt an fremdes Land zu leisten, indem sie mühsam an die einzelnen Stellen verteilt, dann für die Durchführung einsteht, und für die Abnahme und Bezahlung sorgt. Der behördliche Weg der Vergabe war der der Submission. Ueber die Vergabe durch freie Verbände ist zu sagen, daß die Erfahrungen nicht ermutigen, mit diesem Organ so ohne weiteres zu arbeiten. Die Arbeit mit diesem Organ ist im allgemeinen nützlich nur dann, wenn es sich um Aufgaben handelt, für die es geschaffen ist. — Kriegs-

gesellschaften oder Gebilde, die einer Kriegsgesellschaft ähnlich sind, dürfen nicht in Frage kommen. Im Organisationsbereich werden wir nicht herankommen, denn Hunderte und Tausende von Millionen durch ein Bureau von drei Mann kanalisieren und dann nach allen Landesteilen und Berufsständen zu verteilen, ist schierlich unmöglich. — Die Garantie, die der Reichskommissar bringt, um überhaupt als verantwortlicher Unterhändler und Lieferant aufzutreten, sind dadurch zu schaffen versucht worden, daß die Bekannte im Juli d. J. vom Reichstag genehmigte Verordnung zustande kam, die die

## Errichtung von Leistungsverbänden

regelt. Der Gedanke ist der, daß Leistungsverbände geschaffen werden, sowohl aus der Industrie heraus, als dadurch daß den Ländern der Charakter des Leistungsverbandes zugebilligt wird. Für die Umwandlung eines Leistungsverbandes in einen Leistungsverband ist nur nötig, daß der Nachverhand als juristische Person in die Lage gesetzt wird, durch Verschuldenheiten und Statuten Leistungen verbindlich zu übernehmen und zu versehen. Die Länder selbst sind in den Landesparlamenten schon in ähnlichem Sinne organisiert. Ein gewisser Zwang ist nicht zu vermeiden, zu wünschen ist aber, diesen Zwang nach Möglichkeit auszugleichen. Die Zahl der Leistungsverbände wird kaum nach Hunderten, sondern wohl nur nach Zehnern zählen. —

Es ist bis jetzt kein Vorschlag gemacht worden, der gezeigt hätte, daß man auf der Grundlage der vollen freiwilligen Leistungen einem anderen Lande in großem Umfange garantieren kann. Ferner ist

## wegen der Preise mehrfach betont

gehört worden. Der Fall ist möglich, daß unter Umständen auf großen Gebieten das französische Preisniveau uns anzulängliche Preise bietet. Ist das der Fall, daß die französischen Preise unter den deutschen liegen, dann würde der deutsche Lieferant an sich noch in keiner Weise geschädigt sein, denn die Leistungsverbandsordnung sieht vor, daß dem deutschen Lieferanten angemessene Preise zugebilligt werden. Das kann nun für das Reich unter Umständen ein hartes Geschäft sein, das zu einer erheblichen Schädigung führt. Es ist nun aber auch der Gegenstand denkbar, nämlich, daß trotzdem günstige Preise gewährt werden, und daß dementsprechend übermäßige Gewinne an irgendeiner gewerblichen Stelle entstehen. Auch für diesen Fall muß Vorkehrung getroffen werden. Jedes Handwerk ist seines Lohnes wert. Jedes Gewerbe und jede Industrie hat Anspruch auf einen angemessenen Gewinn. Aber keine ernste und großdenkende Gewerbetätigkeit wird jemals einen Anspruch auf einen übermäßig großen Gewinn erheben, und wenn ein solcher entstehen sollte, so erwarten wir und werden dafür sorgen, daß

## diese Uebergewinne einem Ausgleichsfonds

zur Verfügung gestellt werden, aus dem notwendig werdende Zulagen des Reichs bestritten werden.

Damit sind die Verhandlungen der letzten Wochen umschrieben, soweit sie sich nämlich auf Frankreich erstrecken. Deutschland hat das wesentliche Interesse an der allgemeinen Umwandlung von Goldleistungen in Sachleistungen, und zwar nicht nur Frankreich gegenüber; vielmehr wollen wir auch mit den übrigen Ländern zu analogen Abmachungen kommen. Dabei dürfen jedoch die gesamten Märkte der Welt nicht mit einer krankhaften Ueberproduktion an deutschen Produkten überschwemmt werden, so daß letzten Endes jedes Land von Deutschland genau soviel Tribut bekommen hätte, um seine eigenen Arbeitslosen damit zu ernähren. Das ist kein Ziel volkswirtschaftlicher Art. Diese Erkenntnis bricht sich Bahn und damit bricht sich auch Bahn die Erkenntnis, daß die Abmachungen in irgendeiner Form für uns tragbarer gemacht werden müssen, daß ihre Tragbarkeit nicht weniger und nicht mehr bedeutet als die Ueberwindung der gegenwärtigen Konsum- und Produktionskrise der Welt und die Ermöglichung eines gemeinschaftlichen wirtschaftlichen Aufbaus.

Darauf gab der Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium Dr. Hirsch im Zusammenhang mit den Ausführungen des Wiederaufbauministers einen kurzen allgemeinen Ueberblick über die Erörterungen bezüglich des hohen Loses im Westen und die Gestaltung der deutsch-französischen Handelsbeziehungen.

Durch Eintritt der Sanktionen rief auch das Volk im Westen wieder auf. Die Entente nahm im Rheinland die Handelsregulierung an sich. Die Einrichtung und die Tätigkeit der Emser Stelle hat im Reichstage lebhaft und berechtigte Klagen ausgelöst. Die Anträge erleiden zumeist Verzögerungen. Gewerbetätige Vermittler von Ein- und Ausfuhrerleichterungen haben dort ein lukratives Sondergeschäft getrieben. Die Folge sind unerwünschte Einflüsse in bedeutlichen Beträgen, Störungen der deutschen Wirtschaftseinheit, die in ihrer Wirkung die Durchführung der Reparationsleistungen unmöglich machen.

## Der Geist von 1914

Zu den Rathenau-Plänen über die Form des Wiederaufbaus schreibt die Heilmannsche Korrespondenz:

Der Schritt, der hier mit großem Mut vorwärts getan wird, ist ein Schritt zum Sozialismus. . . Was ist sozialistisch an dem großen Nationaltrutz, den Rathenau plant? Die ganze Organisation der Arbeit, die Ausschaltung der freien Konkurrenz, die Bescheidung der Gewinne, die Schaffung eines Ausgleichsfonds, der Charakter der Kollektivleistung und noch viele andere Reize zeigen sich, die, wenn sie erst einmal zum Sprüche und Wachsen kommen, im Laufe der Jahre zeigen werden, wie dem deutschen Volk infolge der Not aus einem unentrinnbaren Schicksal heraus alles zum — Sozialismus ausschlagen muß.

Diese Betrachtung scheint uns sehr jenem Irrglauben zu ähneln, der zu Beginn des Krieges in allem Ansätze zum Sozialismus sah, weil er von dem Wunsche befeuert ist, das friedliche Hineinwachsen in den Sozialismus zu predigen. Ganz abgesehen davon, daß Rathenau gar nicht daran denkt, die freie Konkurrenz vollständig auszuschalten — was auch noch nichts Sozialistisches wäre — und die Gewinne so zu beschneiden, wie das sozialistische Gedankengängen entsprechen würde, wird es auch sehr gut sein, erst einmal die Wirkungen seiner Pläne abzuwarten. Wir fürchten, daß sie ganz anders sein werden, als die wiederwiederholenden Kriegssillusionisten zu glauben scheinen.

## Kommunistenverfolgung in Jugoslawien

Nach einer Meldung aus Belgrad ist durch eine Regierungsverordnung die Tätigkeit aller kommunistischen Organisationen verboten worden. Den äußeren Anlaß zu dieser Maßnahme hat der Regierung das Attentat auf den früheren Innenminister Draskowitsch und ein angebliches Attentatsversuch auf den Ministerpräsidenten Pašić gegeben.

Was in Jugoslawien unter Kommunismus propagiert wird, hat mit Sozialismus nicht mehr viel, desto mehr dagegen mit Anarchismus und Spießsozialismus zu tun. Es handelt sich also um eine soziale Krankheit, von der ein Teil der Arbeiterklasse befallen wurde. Und diese Krankheit wird nicht durch Anwendung von Gewalttaten aus der Welt geschafft, sondern lediglich durch die Verbesserung des Loses des Proletariats, durch die Durchführung der vom Sozialismus erhobenen Forderungen. Immerhin zeigt es sich aber auch

an diesem Falle, wohin der sich Kommunismus nennende Ausschuss führt: zur Stärkung der Reaktion, zur brutalen Niederhaltung der Arbeiterklasse.

Telegramm, 28. Juli.

Die Polizei besetzte sämtliche Künzlichkeiten der hiesigen sozialistischen Organisationen und beschlagnahmte die Archive, weil es erwiesen sei, daß an der Spitze dieser Organisationen Kommunisten ständen, denen die Organisationen nur zur Verbreitung kommunistischer Ideen dienten.

Belgrad, 27. Juli. (Meldung des Pressbüros.)

Eine Konferenz der Vertreter der Regierungsapparate nahm grundsätzlichen den Vorschlag des Ministers des Innern, betreffend einen Geheimgang zum Schutze des Staates, an.

In der gestrigen Sitzung des Gesetzgebenden Ausschusses, an welcher auch Kommunisten teilnahmen, erklärte der Minister des Innern, Bribicewitsch, es sei notwendig, energische Schritte gegen die Kommunisten zum Schutze des Staates zu unternehmen und ein entsprechendes Gesetz zu beschließen, das jedwede Propaganda vereiteln soll, die die Staatsordnung untergraben will.

## Die französische Gewerkschaftskrise

Wie wir bereits meldeten, hat die Leitung des französischen Gewerkschaftsverbandes auf dem Kongress zu Lille einen Sieg über die Opposition errufen. Ihr Bericht wurde mit 1542 gegen 1355 Stimmen gebilligt. Damit ist auch nach aller Wahrscheinlichkeit festgestellt, daß die Amsterdamer Richtung in Lille die Mehrheit hat, und es ist nicht einmal gesagt, ob der Antrag, den Anschluß an die Moskauer Internationale zu vollziehen auch nur jene 1300 Stimmen auf sich vereinen wird, da die Gegner Amsterdams unter sich nicht einig sind. Während die einen nach Moskau wollen, befürworten andere zwar die Trennung von Amsterdam, wollen indessen auf jede internationale Vereinigung verzichten.

Wie dem auch sei: mit dem Triumph der bisherigen Leitung ist die Gewerkschaftskrise in Frankreich nicht beendet, denn ein weiteres Zusammenwirken der beiden annähernd gleich starken Gruppen innerhalb eines Verbandes wird seine großen Schwierigkeiten haben. Bisherig treten die kommunistischen und syndikalistischen Wortführer freiwillig aus. Im andern Falle wird die Leitung nicht umhin können, sich die nötigen Sicherheiten für ein ruhiges, nicht durch fortwährende innere Kämpfe gestörtes Arbeiten zu verschaffen.

## Stephan Friedrich enthüllt

Der Plan einer ungarisch-rumänischen Personalunion

U. A. Budapest, 27. Juli.

In die schwebenden Landesvertragsverhandlungen hat heute der gewesene Ministerpräsident Stephan Friedrich mit einer Erklärung eingegriffen, in der er von dem Bescheide einer durch die rumänische Regierung betriebenen geheimen Propaganda zugunsten einer ungarisch-rumänischen Personalunion Kenntnis gibt. Ueber die Vorgeschichte dieses Planes schreibt Stephan Friedrich in der Zeitung „Magyar Hírlap“:

Der rumänische Bevollmächtigte Diamandi habe während der rumänischen Besetzung Budapests alles angeboten, um die Regierung Friedrichs zu stützen und zu diesem Zwecke mit den linksorientierten ungarischen Parteien verhandelt. Die rumänische Regierung hätte hierfür einige Hundert Millionen bei aufgewendet. Die Verhandlungen seien vom rumänischen Kronprinzen mit großer Hektik und häufiger persönlicher Einmischung geführt worden. Die rumänischen Unterhändler seien auch an Friedrich selbst, der damals Ministerpräsident war, dreimal mit kurzfristigen Ultimaten herantreten und hätten für deren Zurückweisung die Verhaftung und Internierung der ganzen ungarischen Regierung in Aussicht gestellt. Der rumänische Kronprinz habe bereits im Budapest Hotel „Hungaria“ gewohnt und es habe sich das Gerücht von der bevorstehenden Gründung einer rumänienfreundlichen Gegenregierung verbreitet. In letzter Stunde habe Friedrich dann alle gegenrevolutionären Vereine mobilisiert und den englischen General Gerton sowie den amerikanischen General Bandholz verständigt, daß er Widerstand leisten werde. Hierauf hätten die in Budapest befindlichen englischen und amerikanischen Truppen die wichtigsten Teile der Stadt besetzt und so den rumänischen Druck verhindert. Friedrich betont, daß die Landesvertragsverhandlungen mit Herbeiführung der ungarisch-rumänischen Personalunion auch heute noch von gewissen Kreisen betrieben werden.

## Streit im Textil-Großhandel beendet

Der Streit der Handelsreisenden im Textil-Großhandel ist beendet. Die Arbeitsaufnahme erfolgt heute reiflos in allen Betrieben.

Drohender Bergarbeiterstreik in der Tschechoslowakei. Die Bergarbeiter der Tschechoslowakei erlassen einen Aufruf, in dem es heißt, wenn die Bergbauunternehmer die Kündigung des Kollektivvertrages, die Verlängerung der Arbeitszeit und die Herabsetzung der Löhne durchführten, läme es zu einem Bergarbeiterstreik sowohl im Revier als auch in der ganzen Republik.

Ausschnitten!

Druckfache  
an die  
Hauptredaktion der „Freiheit“  
Berlin 62  
Breite Straße 8-9

## Theater und Vergnügungen

**Volkshöhne**  
Sommerbühne  
7 1/2 Uhr: Der Kaiserjäger  
Direktion: Max Reinhardt  
**Deutsches Theater**  
7 1/2 Uhr: Polatsch u. Vertmutter  
**Kammerspiele**  
7 1/2 Uhr: Der Herr, der die Hautschellen kriegt  
**Großes Schauspielhaus**  
Karlstraße  
1 Uhr: Die Weber  
(Auser Abonnement)

**Leffing-Theater**  
Direkt.: Victor Barnowski  
Wienstraße 7 1/2 Uhr:  
**Die Ballerina des Königs**  
(Konstantin, 5 Bg.)  
**Deutsches Theater**  
7 1/2 Uhr: Der Herr Verteidiger  
(Geil, Gedähr, Kaiser-Tig.)  
**Komische Oper**  
7 1/2 Uhr: Die Oper  
**Alt-Heidelberg**

**Berliner Theater:**  
Täglich 7.30 Uhr:  
**DAS MILLIARDEN SOUPER**

**Wallner-Theater**  
Wallnertheaterstraße 35  
7 1/2 Uhr: Zigeunerliebe  
**Rose-Theater**  
7 1/2 Uhr: Mein Leopold

Theater i. d.  
**Königsgräber Str.:**  
Schauspiel-Blüme-Jugend:  
Nur noch 3 Vorstellungen:  
7.30 Uhr: Der Wissenschaftler  
8.00 Uhr: Die Kreuzschreiber  
Sonntag: Der Weibsteufler  
**Komödienhaus:**  
Wienstraße 7.30 Uhr:  
Der Blonde Engel  
von Robert Winterberg  
Paul Feldmann u. G.,  
Johannes Dora u. Scharnh,  
u. G., Ingeborg Bräutigam,  
Die Marlen, Georg Bartsch,  
Kurt Busch, Juliane Rogg.

**7 1/2 Apollotheater 7 1/2**  
Friedrichstraße 218  
Täglich:  
**Tip-Tip Kurral**  
oder  
**Der Sport-Schiemhl**  
mit Wilhelm Harfflein

**Refidenz-Theater**  
7 1/2 Uhr: Max Uebelbert in  
1919 - Ab da für  
**Trianon-Theater**  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
Lady Windermeres Fächer  
**Kleines Theater**  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
Cafanoens Sohn  
**Waldhalla-Theater**  
7 1/2 Uhr:  
Die Scheidungsreise  
**Theater am Kollendorferplatz**  
7 1/2 Uhr:  
Der Vetter aus Dingsda

**Berliner Prater**  
Kastanien-Allee 7-9  
Heute:  
**Groß-Box-Kampf**  
Prenzel - Buchzun  
**Theater A. Kottbuser Tor**  
Elite-Sänger.  
Bis 31. Juli  
Täglich 7 1/2 Uhr  
Gastspiel d. Original-  
**Leipziger**  
Fritz-Weber-  
Sänger.  
Ab 1. August  
Wiederauftreten  
der Elite-Sänger

**Briefmarken :: Münzen**  
kauft Großmann, Johannisstr. 4.  
Zugang u. d. Friedelich (Nr. 106) Norden 108 21

**Volks-Reise-Verband**  
Neukölln  
Münchener Straße 53  
Vom 3. bis 10. September:  
**Durch den Odenwald zum Neckar bis Heidelberg**  
Wiederholung der u. 18.-25. Juni veranstalteten Fernfahrt  
Teilnehmerkarte einschließlich Fahrt und Verpflegung:  
500 Mark  
Anmeldungen sind umgehend (eventl. auch schriftlich) gegen  
Einzahlung der Sicherheitssumme von 100 Mk. an die  
Geschäftsstelle des V.R.V., Neukölln, Münchener Str. 53  
zu richten.

**Lampions Feuerwerk!**  
son 30 Pf. an, Stocklaternen  
mit Glas u. Licht, von 60 Pf. an  
Kleinstauswahl, sehr billig  
Papierlaternen  
von 10 Pf. an  
Alle Artikel für Feste, Verlobungen  
**A. Maas & Co., Berlin F.**  
Markgrafenstraße 84  
an der Lindenstraße, 8-6 Uhr. Geogr. 1890

## Besonders günstige Angebote, gültig bis Dienstag, dem 2. August

- |   |        |  |        |
|---|--------|--|--------|
| Jack-Anzüge f. Herren in gut. Qual. u. bester Verarbeitung. M. 875 750 650 450 350  | 225 00 | Cutaways u. Westen aus feinen Marango-Stoffen M.   | 550 00 |
| Strandanzüge f. Herr. aus gestreift. Sommerstoff . . . . . M.   | 235 00 | Schlüpfer, Raglans, Paletots aus Homospun oder Marango-Cheviot und Covart. 0041 . . . . . M. 750 650 550 | 450 00 |
| Sport-Anzüge aus Leinenstoff, gemast. Masch. Homospun usw. m. Broech. od. lang. Hose M. 800 650 500   | 400 00 | Bozener Mäntel u. Pelerinen aus vorzüglich. Strichleinen M. 150 275 225                                  | 190 00 |
| Tennis-Anzüge aus reinwollenen gestreiften Cheviot in erstklassiger Verarbeitung . . . . . M.   | 600 00 | Lodenjoppen in Litawken- od. Sportform, anfangend mit M.   | 38 00  |
| Jünglings-Anzüge bestehend a. Joppe u. Hose M. 40 35 30   | 34 00  | Lüsterjacketts schwarz, gestreift od. hell anfangend mit . . . . . M.                                    | 70 00  |
| Jünglings-Anzüge in gr. Ausw., dreiteil. M. 400 300 200 98  | 83 00  | Feldgraue Sommer-Litawken, sehr leicht und kleidsam . . . . . M.   | 60 00  |
| Einssegnungs-Anzüge in bester Verarbeitung von M.   | 290 00 | Feldgraue Ulster in guter Qualität M. 75 . . . . . M.  | 58 00  |
| Jünglings-Ulster und Paletots jeder Art anfangend mit . M. 160 00 bzw. M. 50 00   | 160 00 | Hosen gestreift, sehr gute Stoffe. M. 200 170 120 90 55  | 44 00  |
| Jügl.-Sweat. I. blau u. grau, I. vorzügl. Bearbeitung . . . . . von M.  | 7 00   | Feldgraue Militärhosen . M. 108.-  | 95 00  |
| Bozen. Mänt. u. Pelerin. f. Knab. u. Mädch. von M.  | 110 00 | Tennis-Hosen aus reinwollenem Cheviot . . . . . M.   | 205 00 |
| Knaben-Anzüge I. Blausen, Schlüpfer u. and Fern. an vorzügl. Stoffen. . . . . M. 225 160 110 80   | 60 00  | Sport-Hosen aus gut. Stoffen, Brochform von . . . . . M.   | 98 00  |
| Knaben-Waschanzüge in viel. Fassons u. Qual. von M.   | 45 00  | Gürtelwesten . . . . . von M.  | 18 00  |
| Kinder-Sweater feines Makogewebe in schönen Farb. von M.  | 14 00  | Fantasie-Westen in geschmackvollen Mustern M. 94, 78,  | 58 00  |
| Gummi-Mäntel Livol. gut. Qual. u. Fass. M. 650 575 450 350  | 265 00 | Sommer-Waschwesten in sehr guter Qualität . . . . . M.   | 48 00  |
| Anzug-, Ulster-, Hosenstoffe 140 cm breite, sehr haltbare Ware, Serie V M. 68, Ser. IV M. 45, Ser. III M. 33, Ser. II M. 23, Serie I . . . . . M. | 20 00  | Sport-Hemden aus feinen, waschbaren Stoffen, kleinste Größe M.   | 32 00  |
|   |        | Sport-Stutzen aus Wollm. mit gemustert. Rändern . . . . . M.   | 17 00  |
|   |        | Sport-Gürtel Karol. Kombr. m. sportl. Schnalle, I. versch. Farb. M.                                      | 29 00  |
|   |        | Rucksäcke aus gut. Leinen, m. Kordelriemen, kleinste Größe von M.  | 25 00  |

In der Morgenstunde Verkauf billiger Sachen

# BAER SOHN

Berlin nur Chausseestrasse 29-30

Wer sparen muss mit seinen Kohlen lässt sich Persil zur Wasche holen!



Geringer Kohlenverbrauch, da nur einmaliges viertelstündiges Kochen. Größte Waschwirkung, die Wäsche wird blütenweiß, frisch und duftig, wie auf dem Rasen gebleicht.  
**PERSIL**  
ist das beste selbsttätige Waschmittel! Überall erhältlich nur in Original-Packung, niemals lose.  
Alleinige Hersteller: HENKEL & CIE., DÜSSELDORF.

**GARDINEN**  
jeder Art, Tischdecken, Bettdecken, Bettwäsche auf Teilzahlung  
**Grebler** Weinbergsweg 4

**Auf Teilzahlung! Anzüge**  
für Herren und Burshen fertig und nach Maß  
Prima Verarbeitung  
**Stolzmann**  
Belle-Alliance-Str. 100  
Eingang durch das Möbelfinger

**Unreines Blut**  
Zur Ausscheidung aller scharfen u. kranken Stoffe aus Blut u. Säften, gegen Blutverdickung, Blutharung, rotes Gesicht, Hautunreinigkeiten ist mein Blutreinigungspulver, Sulfarin, seit 30 Jahren wirksam erprobt. Schachtel 4,- Uebel 11,80. **Otto Reichel** Berlin 46 50, Eisenbahnstraße 4

**EMILE ZOLA**  
GESAMMELTE NOVELLEN  
Durchgesehen und herausg. von Hans Jacob  
Drei Bände  
Zum ersten Male wird hier eine Zusammenfassung von Zolas novellistischem Schaffen in deutscher Sprache geboten, in der wir neben den allbekannten Meisternovellen des grossen Romanschriftstellers auch Werke finden, die bisher in Deutschland wenig zugänglich waren. Unmittelbar mit Wärme und Leidenschaft spricht aus dieser Sammlung menschliches Erleben, innere Erschütterung.  
Preis: elegant gebunden m. farbigen Umschlagzeichnungen M. 100.-, in Halbleder M. 150.-  
Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder durch den  
**VERLAG GUSTAV KIEPENHEUER POTSDAM**

Zur 2. Klasse am 5. u. 6. Aug. Ziehung der **Staats-Lotterie**  
habe noch Kautlose vorzig  
1/4 = 50 M. | 1/4 = 10 M.  
1/4 = 40 M. | 1/4 = 100 M.  
1/4 = 100 M. | 1/4 = 100 M.  
1/4 = 100 M. | 1/4 = 100 M.  
1/4 = 100 M. | 1/4 = 100 M.  
**Fr. Müller, Werderstr. Markt 10, Postfach-Kto. 81 158.**

**Gold · Silber · Platin**  
Sachen und Bruch  
**Quecksilber, Feldstecher**  
mit kaufen zu hohem Kurs  
**Ratzlaff & Zimmer, Linienstr. 93**

**Billige an Wald und Wasser gelegene Parzellen in Heiligensee**  
bei Tegel.  
Sehr guter Boden. In jeder Größe.  
Anzahlung von M. 400 an. Günstige Abzahlung  
Zusatz: Erwerbsgesellschaft Heiligensee, Berlin 1023 6,  
Schiffbauerdamm 25. Tel.: Norden 716 / In Heiligensee  
im Bureau oder bei Lamprecht, Restaurant Rothschäpchen,  
Heiligensee, Kirchallee. Teilz. d. Tegel-Heiligensee-Genossenschaft

**Glühlampen**  
Halbmattlampen und Email.  
Elektro-Zustell-Material  
kauft  
**Schröder, Dornauer Str. 101**  
Fabrikgeb. III.

**Landparzellen**  
in Preuss. Markt am Ser.  
10. 25. 30. 35. 40. 45. 50. 55. 60. 65. 70. 75. 80. 85. 90. 95. 100. 105. 110. 115. 120. 125. 130. 135. 140. 145. 150. 155. 160. 165. 170. 175. 180. 185. 190. 195. 200. 205. 210. 215. 220. 225. 230. 235. 240. 245. 250. 255. 260. 265. 270. 275. 280. 285. 290. 295. 300. 305. 310. 315. 320. 325. 330. 335. 340. 345. 350. 355. 360. 365. 370. 375. 380. 385. 390. 395. 400. 405. 410. 415. 420. 425. 430. 435. 440. 445. 450. 455. 460. 465. 470. 475. 480. 485. 490. 495. 500. 505. 510. 515. 520. 525. 530. 535. 540. 545. 550. 555. 560. 565. 570. 575. 580. 585. 590. 595. 600. 605. 610. 615. 620. 625. 630. 635. 640. 645. 650. 655. 660. 665. 670. 675. 680. 685. 690. 695. 700. 705. 710. 715. 720. 725. 730. 735. 740. 745. 750. 755. 760. 765. 770. 775. 780. 785. 790. 795. 800. 805. 810. 815. 820. 825. 830. 835. 840. 845. 850. 855. 860. 865. 870. 875. 880. 885. 890. 895. 900. 905. 910. 915. 920. 925. 930. 935. 940. 945. 950. 955. 960. 965. 970. 975. 980. 985. 990. 995. 1000.  
Kaufpreis 25. 30. 35. 40. 45. 50. 55. 60. 65. 70. 75. 80. 85. 90. 95. 100. 105. 110. 115. 120. 125. 130. 135. 140. 145. 150. 155. 160. 165. 170. 175. 180. 185. 190. 195. 200. 205. 210. 215. 220. 225. 230. 235. 240. 245. 250. 255. 260. 265. 270. 275. 280. 285. 290. 295. 300. 305. 310. 315. 320. 325. 330. 335. 340. 345. 350. 355. 360. 365. 370. 375. 380. 385. 390. 395. 400. 405. 410. 415. 420. 425. 430. 435. 440. 445. 450. 455. 460. 465. 470. 475. 480. 485. 490. 495. 500. 505. 510. 515. 520. 525. 530. 535. 540. 545. 550. 555. 560. 565. 570. 575. 580. 585. 590. 595. 600. 605. 610. 615. 620. 625. 630. 635. 640. 645. 650. 655. 660. 665. 670. 675. 680. 685. 690. 695. 700. 705. 710. 715. 720. 725. 730. 735. 740. 745. 750. 755. 760. 765. 770. 775. 780. 785. 790. 795. 800. 805. 810. 815. 820. 825. 830. 835. 840. 845. 850. 855. 860. 865. 870. 875. 880. 885. 890. 895. 900. 905. 910. 915. 920. 925. 930. 935. 940. 945. 950. 955. 960. 965. 970. 975. 980. 985. 990. 995. 1000.  
Kaufpreis 25. 30. 35. 40. 45. 50. 55. 60. 65. 70. 75. 80. 85. 90. 95. 100. 105. 110. 115. 120. 125. 130. 135. 140. 145. 150. 155. 160. 165. 170. 175. 180. 185. 190. 195. 200. 205. 210. 215. 220. 225. 230. 235. 240. 245. 250. 255. 260. 265. 270. 275. 280. 285. 290. 295. 300. 305. 310. 315. 320. 325. 330. 335. 340. 345. 350. 355. 360. 365. 370. 375. 380. 385. 390. 395. 400. 405. 410. 415. 420. 425. 430. 435. 440. 445. 450. 455. 460. 465. 470. 475. 480. 485. 490. 495. 500. 505. 510. 515. 520. 525. 530. 535. 540. 545. 550. 555. 560. 565. 570. 575. 580. 585. 590. 595. 600. 605. 610. 615. 620. 625. 630. 635. 640. 645. 650. 655. 660. 665. 670. 675. 680. 685. 690. 695. 700. 705. 710. 715. 720. 725. 730. 735. 740. 745. 750. 755. 760. 765. 770. 775. 780. 785. 790. 795. 800. 805. 810. 815. 820. 825. 830. 835. 840. 845. 850. 855. 860. 865. 870. 875. 880. 885. 890. 895. 900. 905. 910. 915. 920. 925. 930. 935. 940. 945. 950. 955. 960. 965. 970. 975. 980. 985. 990. 995. 1000.  
Kaufpreis 25. 30. 35. 40. 45. 50. 55. 60. 65. 70. 75. 80. 85. 90. 95. 100. 105. 110. 115. 120. 125. 130. 135. 140. 145. 150. 155. 160. 165. 170. 175. 180. 185. 190. 195. 200. 205. 210. 215. 220. 225. 230. 235. 240. 245. 250. 255. 260. 265. 270. 275. 280. 285. 290. 295. 300. 305. 310. 315. 320. 325. 330. 335. 340. 345. 350. 355. 360. 365. 370. 375. 380. 385. 390. 395. 400. 405. 410. 415. 420. 425. 430. 435. 440. 445. 450. 455. 460. 465. 470. 475. 480. 485. 490. 495. 500. 505. 510. 515. 520. 525. 530. 535. 540. 545. 550. 555. 560. 565. 570. 575. 580. 585. 590. 595. 600. 605. 610. 615. 620. 625. 630. 635. 640. 645. 650. 655. 660. 665. 670. 675. 680. 685. 690. 695. 700. 705. 710. 715. 720. 725. 730. 735. 740. 745. 750. 755. 760. 765. 770. 775. 780. 785. 790. 795. 800. 805. 810. 815. 820. 825. 830. 835. 840. 845. 850. 855. 860. 865. 870. 875. 880. 885. 890. 895. 900. 905. 910. 915. 920. 925. 930. 935. 940. 945. 950. 955. 960. 965. 970. 975. 980. 985. 990. 995. 1000.  
Kaufpreis 25. 30. 35. 40. 45. 50. 55. 60. 65. 70. 75. 80. 85. 90. 95. 100. 105. 110. 115. 120. 125. 130. 135. 140. 145. 150. 155. 160. 165. 170. 175. 180. 185. 190. 195. 200. 205. 210. 215. 220. 225. 230. 235. 240. 245. 250. 255. 260. 265. 270. 275. 280. 285. 290. 295. 300. 305. 310. 315. 320. 325. 330. 335. 340. 345. 350. 355. 360. 365. 370. 375. 380. 385. 390. 395. 400. 405. 410. 415. 420. 425. 430. 435. 440. 445. 450. 455. 460. 465. 470. 475. 480. 485. 490. 495. 500. 505. 510. 515. 520. 525. 530. 535. 540. 545. 550. 555. 560. 565. 570. 575. 580. 585. 590. 595. 600. 605. 610. 615. 620. 625. 630. 635. 640. 645. 650. 655. 660. 665. 670. 675. 680. 685. 690. 695. 700. 705. 710. 715. 720. 725. 730. 735. 740. 745. 750. 755. 760. 765. 770. 775. 780. 785. 790. 795. 800. 805. 810. 815. 820. 825. 830. 835. 840. 845. 850. 855. 860. 865. 870. 875. 880. 885. 890. 895. 900. 905. 910. 915. 920. 925. 930. 935. 940. 945. 950. 955. 960. 965. 970. 975. 980. 985. 990. 995. 1000.  
Kaufpreis 25. 30. 35. 40. 45. 50. 55. 60. 65. 70. 75. 80. 85. 90. 95. 100. 105. 110. 115. 120. 125. 130. 135. 140. 145. 150. 155. 160. 165. 170. 175. 180. 185. 190. 195. 200. 205. 210. 215. 220. 225. 230. 235. 240. 245. 250. 255. 260. 265. 270. 275. 280. 285. 290. 295. 300. 305. 310. 315. 320. 325. 330. 335. 340. 345. 350. 355. 360. 365. 370. 375. 380. 385. 390. 395. 400. 405. 410. 415. 420. 425. 430. 435. 440. 445. 450. 455. 460. 465. 470. 475. 480. 485. 490. 495. 500. 505. 510. 515. 520. 525. 530. 535. 540. 545. 550. 555. 560. 565. 570. 575. 580. 585. 590. 595. 600. 605. 610. 615. 620. 625. 630. 635. 640. 645. 650. 655. 660. 665. 670. 675. 680. 685. 690. 695. 700. 705. 710. 715. 720. 725. 730. 735. 740. 745. 750. 755. 760. 765. 770. 775. 780. 785. 790. 795. 800. 805. 810. 815. 820. 825. 830. 835. 840. 845. 850. 855. 860. 865. 870. 875. 880. 885. 890. 895. 900. 905. 910. 915. 920. 925. 930. 935. 940. 945. 950. 955. 960. 965. 970. 975. 980. 985. 990. 995. 1000.  
Kaufpreis 25. 30. 35. 40. 45. 50. 55. 60. 65. 70. 75. 80. 85. 90. 95. 100. 105. 110. 115. 120. 125. 130. 135. 140. 145. 150. 155. 160. 165. 170. 175. 180. 185. 190. 195. 200. 205. 210. 215. 220. 225. 230. 235. 240. 245. 250. 255. 260. 265. 270. 275. 280. 285. 290. 295. 300. 305. 310. 315. 320. 325. 330. 335. 340. 345. 350. 355. 360. 365. 370. 375. 380. 385. 390. 395. 400. 405. 410. 415. 420. 425. 430. 435. 440. 445. 450. 455. 460. 465. 470. 475. 480. 485. 490. 495. 500. 505. 510. 515. 520. 525. 530. 535. 540. 545. 550. 555. 560. 565. 570. 575. 580. 585. 590. 595. 600. 605. 610. 615. 620. 625. 630. 635. 640. 645. 650. 655. 660. 665. 670. 675. 680. 685. 690. 695. 700. 705. 710. 715. 720. 725. 730. 735. 740. 745. 750. 755. 760. 765. 770. 775. 780. 785. 790. 795. 800. 805. 810. 815. 820. 825. 830. 835. 840. 845. 850. 855. 860. 865. 870. 875. 880. 885. 890. 895. 900. 905. 910. 915. 920. 925. 930. 935. 940. 945. 950. 955. 960. 965. 970. 975. 980. 985. 990. 995. 1000.  
Kaufpreis 25. 30. 35. 40. 45. 50. 55. 60. 65. 70. 75. 80. 85. 90. 95. 100. 105. 110. 115. 120. 125. 130. 135. 140. 145. 150. 155. 160. 165. 170. 175. 180. 185. 190. 195. 200. 205. 210. 215. 220. 225. 230. 235. 240. 245. 250. 255. 260. 265. 270. 275. 280. 285. 290. 295. 300. 305. 310. 315. 320. 325. 330. 335. 340. 345. 350. 355. 360. 365. 370. 375. 380. 385. 390. 395. 400. 405. 410. 415. 420. 425. 430. 435. 440. 445. 450. 455. 460. 465. 470. 475. 480. 485. 490. 495. 500. 505. 510. 515. 520. 525. 530. 535. 540. 545. 550. 555. 560. 565. 570. 575. 580. 585. 590. 595. 600. 605. 610. 615. 620. 625. 630. 635. 640. 645. 650. 655. 660. 665. 670. 675. 680. 685. 690. 695. 700. 705. 710. 715. 720. 725. 730. 73



richtung erhält die beiden neu vorgesehenen Aufenthalte in Gransee und Gesundbrunnen. — Auch der nach Freienwalde um 6.35 vorm. abfahrende Zug erhält neue Aufenthalte und zwar in Gesundbrunnen, Biesenthal und Melchow. Für die durch die neuen Aufenthalte neu geschaffenen Verkehrsbeziehungen werden besondere Fahrkarten aufgelegt. Die Fahrpreise für die Hin- und Rückfahrt 4. Klasse kosten: nach Gransee 11 M., nach Biesenthal 6 M. und nach Melchow 6.50 M. Ein Verkauf von Fahrkarten für die Sonderzüge findet auf dem Bahnhof Gesundbrunnen nicht statt, da die auszugehende Anzahl von Fahrkarten genau festgelegt ist. Ausflügler, die die Sonderzüge ab Bahnhof Gesundbrunnen benutzen wollen, lösen die Sonntagsfahrkarten zweckmäßig bereits am Sonnabend auf dem Bahnhof Gesundbrunnen.

Ueber die Gültigkeit der Monatskarten wird von der Eisenbahndirektion Berlin mitgeteilt: Die zwischen Friedenau (Wannsee) und Berlin, Wannseebahnhof gültigen Monatskarten berechneten seit langem auch zur Fahrt auf der Ringbahnstrecke Wilmersdorf-Friedenau und Potsdamer Ringbahnhof. An diesem Zustande ist entgegen einer in der Defensivliste verbreiteten Ansicht durch den am 1. Juli d. J. eingeführten neuen Tarif nichts geändert worden. Neu aber ist die Einrichtung, daß außer diesen Monatskarten jetzt in Friedenau auch die zwischen Groß-Lichterfelde-West und Berlin, Wannseebahnhof gültigen Monatskarten ausgedehnt werden.

Die Gartenarbeitschule in Neustolln ist auch in den Ferien geöffnet, denn sie will nicht nur Schule, sondern zugleich eine Erholungsstätte für alle die Kinder mit ihren Eltern sein, die ein schöneres Ferienheim auffuchen können. — Am Sonnabend, den 30. Juli, werden die Kinder, Eltern, Lehrer, Elternräte und Freunde der Schule 3 Uhr nachmittags besonders erwartet, damit das von Elternräten und dem Leiter vorbereitete Erntefest wie im Vorjahre sich eines starken Besuches erfreuen kann. Arbeitslose mit der Arbeitslosenkarte und die Gewerkschaftler unter zehn Jahren von Gartenarbeitern haben freien Zutritt.

Böle Nachwehen eines gekürzten Kinderfestes. Gestern Abend kam es im Hause Waldstraße 57 in Moabit zwischen den Mietern, die sich in zwei Parteien gespalten hatten, zu einer wüsten Schlägerei, bei der mit Holzstöcken, Lederriemen und anderen Gegenständen aufeinander losgeschlagen wurde. Eine von Unbeteiligten herbeigerufene Streife der Schutzpolizei trennte die Kampfschäre, doch hatten bereits sechs Personen mehr oder weniger schwere Verletzungen davongetragen. Die Veranlassung zu der Prügelei gab der in demselben Hause wohnende Arbeiter Hermann Sch., der bei dem am Tage vorher auf dem Hofe veranstalteten Kinderfest die Kinder mit heißem Wasser gegossen haben sollte. Man hatte ihm Rache geschworen und fiel, als er sich gestern Abend sehen ließ, über ihn her. Der Vorfall dürfte noch ein Nachspiel vor Gericht haben.

Grober Anflug. Gestern nachmittags gegen 2 Uhr feuerte ein noch nicht ermittelter Mann auf das Haus Westfälische Straße 32 einen Schuß ab, durch den zwei Fensterscheiben der im 2. Stock belegenen Wohnung des Kaufmanns Müller zertrümmert wurden. Zum Glück befanden sich Personen nicht in dem betreffenden Zimmer, so daß niemand verletzt worden ist.

Beim Baden ertrunken. Gestern nachmittags badete die 17-jährige Hertha Albrich, die bei ihren Eltern im Hause Wiener Straße 31 wohnte, im Teltow-Kanal in der Nähe der Späth-Brücke an verbotener Stelle. Blötzlich ging sie unter und kam nicht wieder zum Vorschein. Beamte des Reichswasserschutzluchters den Kanal ab, konnten aber nur noch die Leiche bergen.

Gefunden. Am Sonntag ist beim Waldfest in der Jungfernheide ein Strohhut gefunden worden. Abzuholen bei Kaiser, Moabit, Goltzowstr. 34.

## Gewerkschaftliches

### Das Schwarze getroffen!

In der Sonntagsnummer veröffentlichten wir einen sachlichen Beitrag eines kompetenten Gewerkschafters über die „kommunistische Parolenpolitik“. Die Güte der angeführten Argumente bewies das — Scheitern der „Roten Fahne“ und eines an uns gerichteten unsäglichem Briefes des sogenannten Hand- und Kopfarbeiterverbandes. Derselbe Verfasser antwortet hier auf die publizistischen Angriffe.

C. V. In der Abendausgabe der „Roten Fahne“ vom Montag, den 25. d. M., ergeht sich die „Rote Fahne“ in allerhand Liebenswürdigkeiten gegen C. V., den Verfasser des Aufsatzes „Kommunistische Parolenpolitik“, der am Sonntag, den 24. d. M., in der „Freiheit“ hand. Am Dienstag, den 26. d. M., richtet sie eine offene Anfrage an C. V., in der versucht wird, den Artikel in der „Freiheit“ zu widerlegen. Vom Montag Abend zum Dienstag früh scheint man in der Redaktion der „Roten Fahne“ seine Ansicht wesentlich geändert zu haben, und die „Hilfsschlag-Extraktion“, die sie dem Artikelsschreiber zuschiebt, sowie das „Fieberdelirium eines Geisteskranken“ scheinen auf die Redaktion der „Roten Fahne“ besonders stark abzufärben. Köstlich ist die Logik und der Witz der „Roten Fahne“, die den Verfasser erst als Geisteskranken, der an Fieberdelirium leidet, einschätzt, aber — Schnellfertigkeit ist keine Hererei — an diesen Geisteskranken sofort — offene Anfragen richtet — „Rote Fahne“, wie tief bist du gesunken. . . . Es gehört zu dem eigenartigen Ton der Kommunisten wie der „Roten Fahne“ überhaupt, den gepfefferten Ton als ihr Bestes zu betrachten, sonst würde sie nicht von „hanebüchenden Schwimdeln“, „Dred“, „Mist“ und von dem „Signum“ des Artikels, der „komplett verriekt“ ist, schreiben. Es hat deshalb auch keinen Wert, sachlich mit der „Roten Fahne“ zu diskutieren, da sie ja immer wieder in dieselbe Art verfällt.

Wenn sie in der offenen Anfrage an C. V. glaubt sagen zu müssen, sie sei in ihrer ersten Erwiderung auf die „kommunale politische Seite“ des „Freiheit“-Artikels eingegangen, so muß man vergebens nach dieser „Seite“ suchen. Auf die erste Anfrage, daß schon bei den Wahlen im Metallarbeiterverband im Spätherbst vorigen Jahres eine Verbindung zwischen Ruch und Fichtmann hergestellt gewesen sei, hätte die „Rote Fahne“ es doch furchtbar einfach gehabt, sich mit ihren Freunden Ruch und Fichtmann in Verbindung zu setzen. Sie würde über den Sachverhalt mit Leichtigkeit aufgeklärt worden sein.

Zu der zweiten Frage des sogenannten Hand- und Kopfarbeiterverbandes hätte die „Rote Fahne“ auch einen viel einfacheren Weg einschlagen können, indem sie sich bei ihren eigenen Parteigenossen aus der ehemaligen Kätezentrale in der Mühlstraße 24 Auskunft geholt hätte und nicht zuletzt bei dem ihr noch in glaubhaftem Ansehen stehenden Genossen Däumig. — Wenn jetzt die „Rote Fahne“ behauptet, mit diesem Organisationsführer in keiner Verbindung zu stehen, und daß die kommunistische Partei als solche sich gegen diese Organisationsform ständig ausgesprochen hätte, so steht dem entgegen, daß die Auswirkung ihrer gesamten Gewerkschaftspolitik für die breite Masse der Arbeiter und Angestellten keine anderen Schlüsse zuläßt und durch diese Verwirrungstaktik vielmehr das Gute will und doch das Böle schafft. Wir bitten aber auch, in dieser Frage mit ihren Parteifreunden, den Herrn Stadtrat Stoil, zu befragen.

Wenn ferner die „Rote Fahne“, „mit Bedauern“ darauf hinweist, daß eine beträchtliche Zahl von revolutionären Arbeitern sich „in allen möglichen Unionen zusammengefunden hat“, so wäre es doch richtiger, sich auch in dieser Beziehung an ihre eigenen Parteiführer zu wenden und sie über die Gründung und Führung der Arbeiterunionen in Westfalen zu befragen. Deshalb ist das Bedauern der „Roten Fahne“ in dieser Beziehung wahrscheinlich nicht sehr ernst zu nehmen, weil sie allgemein nach dem Rezept geht: Verleumde nur immer zu, es bleibt schon etwas hängen.

Mit der „Roten Fahne“ darüber zu rechten, daß der Sympathiestreik der städtischen Arbeiter für die Gutsarbeiter ein Vorteil gewesen wäre, lohnt sich wirklich nicht. Den Gutsarbeiterstreik und die daraus entstandenen Situationen kann man nur beurteilen im Zusammenhang der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse der Groß-Berliner Arbeiterklasse. Wenn unter dieser Bezeichnung Gewerkschaften zu der Ueberzeugung kamen, daß die Beilegung dieses Streiks auf der von den Gewerkschaften vor-

geschlagenen Grundlage, der ja doch auch der kommunistische Stadterordnete Darr seine Zustimmung gab, ohne allgemeinen Streik beendigt wurde, zum Vorteil der Gutsarbeiter, umal das Mitbestimmungsrecht zu gleicher Zeit erweitert wurde, wenn man dann auf der andern Seite die ungeheure Wählerarbeit der kommunistischen Führer im letzten Moment dieses Streiks beobachtet, so ist es fast unbegreiflich, zu glauben, daß die „Rote Fahne“ überhaupt noch den Versuch unternimmt, sich zu rechtfertigen in dieser Angelegenheit oder aber, sie gibt dann selbst zu, daß sie nicht erkennt oder erkennen will, welches die wirtschaftlichen Vorteile für die Arbeiterschaft in solchen Verhältnissen sind.

Es ist wiederum echt kommunistisch und steht der „Roten Fahne“ ähnlich, wenn sie behauptet, daß sich die Gewerkschaften auf Betteln und Bitten verlegen. Das ist die Taktik, die es bewirkt, der noch geschlossenen Kampfesfront der Arbeiterschaft bewirkt in den Rücken zu fallen. Hört ihr Gutsarbeiter, die „Rote Fahne“ sagt es euch, daß die Gewerkschaftskommission dafür gelorgt hätte, daß ihr nicht mehr erzwungen habt. Daß die kommunistische Partei unter solchen Verhältnissen dann noch auf die Forderungen der Gewerkschaften eingegangen ist, das zu erklären bleibt ihre und der „Roten Fahne“ Aufgabe.

## SPD. und Gutsarbeiter

Der „Vorwärts“ berichtet in der Donnerstag-Abendnummer von einer Versammlung der S. P. D.-Mitglieder des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Es wird von der „regen Aussprache“ gesprochen, die einleitete. Dr. Borchardt verurteilte die gegen ihn gerichteten Angriffe zu entkräften. Nach den Mitteilungen zu urteilen, machte er dies in einer sehr gewundenen Form.

Dr. Borchardts Ausführliche verfehlten aber ihren Zweck, denn, wie es weiter hieß, es „wurde folgende Resolution einstimmig angenommen“:

„Die heutige Versammlung der S. P. D.-Mitglieder des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes hat mit Bedauern Kenntnis genommen von der Haltung der Genossen in den städtischen Körperschaften aus Anlaß des Streiks der Riefelderarbeiter. Sie beauftragt den Fraktionsvorstand, mit der Berliner Parteileitung diesbezüglich in Verbindung zu treten.“

Das ist eine sehr deutliche Abfuhr, die zudem den Beweis erbringt, daß die Lammgebild auch der rechtssozialistischen Arbeiter gegenüber einer solchen Interessenvertretung, wie sie seitens Dr. Borchardts geübt wurde, eine Grenze hat und die S. P. D.-Arbeiter sich mit Recht darüber empörten. Aber dieser Mann ist doch nicht der einzige dieser Art, und papierne Beschlüsse sind billig.

## Erfolgreicher Streik

Der Kampf der Maschinisten und Heizer in der Rheinschiffahrt, der am 22. Mai mit Teilsaktionen begann und ab 16. Juli bis zum direkten Kampfe gesteigert wurde, konnte am 28. Juli mit Erfolg beendet werden.

Die Wirkungen des nun beendeten Kampfes sind tief. Jedweder Verkehr war unterbrochen. Auf dem sonst so belebten Ströme war die Ruhe des Friedhofes eingekehrt. Die Kohlenversorgung nach Süddeutschland war gänzlich unterbrochen. Dieser Kampf der Maschinisten und Heizer in der Rheinschiffahrt zeigte eindrucksvoll die gewaltige Macht, welche von dieser Berufsgruppe ausgeht werden kann. Die Internationalisierte Kommission erließ einen Aufruf gegen den Streik, worin sie den Streik verbot und strenge Strafen androhte.

Die Maschinisten und Heizer waren von dem einmal aufgenommenen Kampf nicht wieder abzubringen. In beispielloser Geschlossenheit folgte das gesamte Maschinenpersonal der Parole ihres Verbandes und zeigte damit jedem Außenstehenden ein Bild lüdenloser Einigkeit.

Freitag, den 22. Juli, fand unter Vorsitz der Hohen Rheinland-Kommission in Koblenz eine gemeinsame Verhandlung mit den Unternehmern statt. Den Streikführern der Maschinisten und Heizer war freies Geleit zur Ein- und Ausreise nach Koblenz durch die hohe Kommission zugesichert. Anschließend daran traten am 23. Juli der Arbeitgeberverband mit den Vertretern des Zentralverbandes der Maschinisten und Heizer unter Vorsitz des Reichsarbeitsministeriums zu direkten Verhandlungen in Essen zusammen. Eine Einigung der Parteien erwies sich als nicht möglich. Daraufhin traten sofort vier Vertreter der Reichsregierung zu einem Schiedsgericht zusammen und fällten folgenden Schiedsspruch:

Die Maschinisten und Heizer erhalten mit Rücksicht auf ihre besondere schwere körperliche Arbeit vom 1. Juni bis 30. September dieses Jahres eine Zulage in Höhe von 30 M. die Woche. Die hiernach rückständige Zulage ist sofort nach Annahme des Schiedsspruchs zu zahlen.

Die grundsätzliche Frage, ob in der Entlohnung der Maschinisten und Heizer gegenüber dem Despersonal ein Unterschied zu machen ist, wird durch den Schiedsspruch nicht berührt und bleibt Tarifverhandlungen der Parteien überlassen.

Soweit wegen verkürzter Arbeitszeit Lohnabzüge fällig geworden haben, steht den Maschinisten und Heizern ein Rechtsanspruch auf Nachzahlung nicht zu.

Die Arbeit ist unverzüglich wieder aufzunehmen. Sämtliche Arbeitnehmer sind wieder einzustellen. Maßregelungen dürfen von keiner Seite vorgenommen werden.

Die Streikleitung berief sofort an allen Stationen des Rheins Versammlungen ein, welche sich mit der durch den Schiedsspruch geschaffenen Lage beschäftigten. Das Gesamtergebnis der Abstimmung in allen Versammlungen ergab eine erhebliche Mehrheit für Annahme des Schiedsspruchs.

Mit der Annahme des Schiedsspruchs durch die Streikenden war der Kampf beendet. Die Hauptstreikleitung hat darauf telegraphisch die Aufnahme der Arbeit für Mittwoch, den 28. Juli, verfügt. 2000 Maschinisten und Heizer kehren auf die verlassen Boote zurück und nun legt sich die riesige Flotte der Rheinschiffahrt wieder in Bewegung.

Noch offene Differenzen zwischen den Parteien sollen in einer weiteren Verhandlung mit den Unternehmern Mittwoch, den 27. Juli, in Mühlheim (Ruhr) geregelt werden.

Der moralische Erfolg dieses Kampfes der Maschinisten und Heizer ist noch höher zu bewerten, als der erzielte materielle Vorteil. Die bewiesene Geschlossenheit der Streikenden sollte den Unternehmern für die Zukunft eine Warnung sein.

## Eisenbahner! Auf zur Demonstration!

### „Nie wieder Krieg!“

Kollegen! Wir fordern alle dienstfreien Eisenbahner auf, sich recht zahlreich an der Demonstration am Sonntag, den 31. Juli, 10 1/2 Uhr, im Lustgarten zu beteiligen. Wo es möglich ist, sollen sich die Kollegen zahlstufenweise versammeln und in geschlossenen Zügen sich den nächstliegenden Sammelplätzen anschließen. Ortsverwaltung Berlin des D. E. B.

## Die Rheinischen Hotelbesitzer zur Trinkgeldfrage

Der „Verband Rheinischer Hotels, Restaurants und verwandter Betriebe“ hat in seiner Hauptversammlung am 11. und 12. Juli in Godesberg erklärt: er halte alle Versuche, das Trinkgeld abzuschaffen, für undurchführbar und sei überzeugt, daß bei dem sogenannten abgeschafften Trinkgeld der Gast eine doppelte Belastung erfährt.

Es ist wirklich rührend, wie die Hotelbesitzer auf das „Wohlergehen“ ihrer Gäste bedacht sind, d. h., wenn sie dieselben für ihre Zwecke gebrauchen können, wie in dem Kampf der Angestellten für die Abschaffung resp. gegen die Wiedereinführung des Trinkgeldes. Wir halten es für unsere Pflicht, das Publikum dahingehend aufzuklären, daß nicht die „Abschaffung“, sondern die „Wiedereinführung“ des Trinkgeldes eine doppelte Belastung für die Gäste bedeuten würde.

Bei einer Wiedereinführung des Trinkgeldes hätten die Gäste dann neben der Entlohnung des Bedienungspersonals auch die erhöhten Preise für Logis, Speisen und Getränke zu zahlen. An einen Abbau der Preise durch die Hotelbesitzer ist nicht zu denken. Wir führen als Beispiel nur die Städte Köln und Düsseldorf an, wo trotz der Wiedereinführung des Trinkgeldes und Reduzierung der Löhne, die Preise nicht um das geringste herabgesetzt worden sind.

## Streik im gesamten Friseurgewerbe in Lübeck

Seit dem 7. Juli befinden sich die Friseurgehilfen und Friseurlehrlinge in Lübeck im Streik. Wir warnen alle Angestellten dieses Berufes vor einem Zugang nach hier, da in jeder, der jetzt in diesem Fach hier in Stellung tritt, Streikbrecher ist und wir gegen ihn mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln vorgehen werden.

Die Beendigung des Streiks wird sofort nach Eintritt desselben bekanntgegeben. Die Streikleitung.

## Konferenz der Angestellten in England

Am 11. April d. J. fand eine besondere Konferenz des Landesverbandes der technischen, Verwaltungs- und Ueberwachungsangestellten (National Federation of Professional, Technical, Administrative and Supervisory Workers) statt, um zu den vielen großen Arbeitskonflikten Stellung zu nehmen, die in der letzten Zeit stattgefunden haben und durch die oft Mitglieder des Verbandes berührt wurden. Die Konferenz drückte in einem Beschlusse ihre Mißbilligung darüber aus, daß man bisher die von ihr vertretenen Angestelltenkreise nicht zur Mitarbeit heranzieht, wenn Veränderungen in den Industrien behandelt werden, in denen sie beschäftigt sind. Das sei um so weniger gutzubekommen, als im Falle des Konfliktes stets die Beteiligten sich auch um die Unterstützung dieser Sache bemühen. Es wurde gefordert, daß Vertreter des Verbandes an allen Verhandlungen zwischen Privat- oder öffentlichen Arbeitgebern und den Arbeitnehmern zugezogen werden. Die Konferenz erklärte u. a., daß befriedigende Arbeits- und Lohnverhältnisse nur auf dem Verhandlungswege und durch kollektive Verträge zwischen den Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer hergestellt werden können.

## Der Internationale Bund der Privatangestellten

hält am 10., 11. und 12. August d. J. in Wien einen internationalen Kongress ab. Als Tagesordnung ist vorgesehen: 1. Eröffnung des Kongresses, 2. Mandatprüfung und Zulassung verschiedener Verbände, 3. Festsetzung der Geschäftsordnung, 4. Bericht des Bureau, 5. Festsetzung der Statuten, 6. Ernennung des Sekretärs, 7. Wahl des definitiven Vorstandes, 8. Festsetzung der Beiträge, 9. Referat über die soziale Gesetzgebung, 10. Behandlung eventueller Anträge der angeschlossenen Organisationen.

## Internationaler Textilarbeiterkongress

Der Internationale Textilarbeiterkongress findet vom 19. bis 24. September 1921 in Paris statt. Berat und Generalversammlung des Textilarbeiterverbandes haben beschlossen, den Kongress durch 21 Delegierte der Wahlkreise zu beschicken. Als Wahltag wird der 20. August 1921 festgesetzt. Das Verbandsgebiet wird in vier Wahlkreise geteilt und die Wahlbestimmungen des § 49 des Statuts werden angewendet.

## Arbeiter Sport

### Zur Beachtung!

Sonntags-Berichtungen der Arbeiter Sportorganisationen werden in der „Freiheit“ für Sonntag, den 31. Juli, nicht bekanntgegeben, da wir der Meinung sind, daß die Arbeiter Sportvereine, die sich bilden, an der gemeinsamen Demonstration der Arbeiterschaft teilzunehmen. Redaktion der „Freiheit“.

## Parteiveranstaltungen

Wir machen nochmals darauf aufmerksam, daß von den erhaltenen Plakaten „Nie wieder Krieg“ ein Teil in den Tagen getragen werden soll, der andere Teil dagegen an hervorragenden Stellen ausgehängt wird. Der Treffpunkt der Diktirte und Abteilungen ist an den bekannten Stellen, von wo aus sie geschlossen nach den in der „Freiheit“ benannten Plätzen marschieren. Die Geschäftsleitung.

1. Diktirte (Berlin-Mitte). Arbeitslose Genossen, die Anspruch auf Freileistung der „Freiheit“ erheben, werden sich bis zum 2. August beim Genossen Ruch, Schönböcker Str. 15.

### Freitag, 29. Juli

15. Verwaltungsbereich, Diktirte Leipzig. Abends 7 1/2 Uhr Sitzung der Frauen- arbeits- und Kinderbeschäftigung, Riefelderstraße, Berliner Str. 26. Alle in der Kommune ehrenamtlich tätigen Genossinnen haben zu erscheinen. 7. Diktirte (Berlin-Mitte). Abends 7 1/2 Uhr Sitzung des Vermögenskomitees bei Ruppert, Jüngerstraße 5. Die Bildungs-Kommission ist mit einzuladen. 11. Diktirte, Kapitalien-Kommission. Abends 7 1/2 Uhr bei Genf, Hermannstr. 213. Schöneberg-Friedens. Abends bei Palm, Riefelderstraße, Ecke Obersterstraße, Plakate abholen. Jeder Bezirk muß unbedingt abholen.

### Sonabend, 30. Juli

Verwaltungsbereich Friedrichshagen, 15. Diktirte. Abends 7 1/2 Uhr Sitzung der Ordner bei Palm, Hermannstr. Ecke Gertrudenstraße. 11. Diktirte, Ruch. 1 Uhr Sommerfest der Gartenbauverein in Rosenthal auf dem städtischen Sportplatz. Alle Genossen und Eltern sind eingeladen. Arbeitslose und Kinder unter zehn Jahren haben freien Eintritt.

### Sonntag, 31. Juli

1. Verwaltungsbereich, 4. Diktirte, Witten. Jeder Genosse und Genossin sowie Freunde bei U. S. P. D. treffen sich zur Demonstration früh 9 Uhr am Damm- witz-Platz. Abmarsch pünktlich 9 1/2 Uhr. 12. Verwaltungsbereich, Stettin, Pflanzstraße, Rantow. Die Genossen marschieren früh pünktlich 8 Uhr zum Doppelpfad am Steglitzer Bahnhof ab und schließen sich den Schöneberger Genossen an. 13. Verwaltungsbereich (Stettin), Rantow, Pflanzstraße und Schöndorf. Treffpunkt zur Demonstration Stettin, Rantow, Pflanzstraße, vormittags 10 Uhr. Abmarsch pünktlich 8 Uhr zum Hauptausgang Schöndorf. Zahlreiches Erscheinen ist Pflicht! 15. Verwaltungsbereich, Stettin. Alle Abteilungen treffen sich zur Demonstration am Hauptausgang Schöndorf. Abmarsch 9 Uhr. 16. Verwaltungsbereich. Die Genossen von Gopnick treffen sich 9 Uhr vorm. am Bahnhof. Gemeinsame Abfahrt nach Berlin 9.15 Uhr. Die Genossen von Rietzschinggen und den anderen Orten unseres Bezirks werden gebeten, ihre Abfahrt dementsprechend einzurichten. 3. und 6. Diktirte, Moabit. Treffpunkt früh 9 Uhr im Kleinen Tiergarten am Denkmal. 14. Diktirte. Die Genossinnen und Genossen treffen sich zur Teilnahme an der Demonstration 9 Uhr vorm. am Gendefeld Platz (Untergrundbahnhof). 20. Diktirte. Treffpunkt 9 Uhr, Mariannenplatz. 18. Diktirte. Unsere Genossinnen und Genossen treffen sich rechtzeitig in den Zahlenslokalen, am späten 8 1/2 Uhr auf unserem Sammelplatz, Hauptausgang Witten, Ecke Kronprinzenstraße, zu sein. Abmarsch hier pünktlich 8 1/2 Uhr nach der Weberwiese. 19. Diktirte. Zur Demonstration treffen sich die Genossen in den Zahlenslokalen, Witten vom Hermannplatz 9 Uhr. Alle Mitglieder müssen sich beteiligen. 20. Diktirte. Alle Genossinnen und Genossen treffen sich zur Friedensdemonstration Hauptausgang, Ecke Germania-Dramenhaus, um 1/2 Uhr. Die Gruppenführer müssen dafür sorgen, daß sich alle Genossen einfinden. 1. Diktirte, Witten. Abends 7 1/2 Uhr Treffpunkt zur Demonstration bei Tuhnet, Witten. Abmarsch um 8 1/2 Uhr nach dem Knie, von dort gemeins. zum nach dem Lustgarten. 17. Diktirte. Treffpunkt zur Teilnahme an der Demonstration früh 9 1/2 Uhr pünktlich, Hauptausgang Stettin, Pflanzstraße. 21. Diktirte. Städtische Genossen und Genossinnen, sowie die Kriegsbeschädigten treffen sich zur Friedensdemonstration im Lustgarten pünktlich 8 1/2 Uhr vormittags vor dem Spandauer Weichselhof. U. S. P. D. Gutsarbeiter-Kommision. Zur Demonstration im Lustgarten werden die Mitglieder gebeten, sich ihren Diktirten anzuschließen.

## Bereinskalender

### Freitag, 29. Juli

Verband der Gärtner und Gärtnerarbeiter, Gruppe Gemeindefreier, Abends 7 1/2 Uhr Vorstandssitzung für Groß-Berlin in Schulz' Feldchen, Berlin, Am Königsgraben 2. Pünktliches Erscheinen ist unbedingt notwendig.

### Sonabend, 30. Juli

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle des Reichsarbeiter, Filiale Baumhaldenweg. Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß die Zahlstelle nach Baumhaldenweg verlegt ist. Nächster Zahlabend im Sonabend, den 30. Juli, 8-10 Uhr.

Verantwortlich für Politik u. Feuilleton: Leo Pischke, Berlin-Weißensee. Für Kommunistik, Lokales und Gewerkschaftliches: Gerhard Segel. Nachdruck-Verbot für Berlin; für den übrigen Teil eine geschäftliche Mitteilung; Publizistik-Kommission, Charlottenburg. — Verlagsanstalt „Freiheit“, Berlin, S. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Breite Straße 24.